

# Geschäftsbericht 2010

04	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
14	Wirtschaftsbericht
16	Risikobericht
28	Prognosebericht

---

38	Bilanz zum 31. Dezember 2010
40	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010
42	Bericht des Réviseur d'Entreprises agréé
43	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

---

46	Allgemeine Anmerkungen
46	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
48	Angaben zu Aktivposten
50	Angaben zu Passivposten
51	Angaben zu außerbilanziellen Posten
52	Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung
52	Sonstige Erläuterungen
53	Anlagespiegel
53	Sonderangaben

---

58	Mitglieder des Verwaltungsrats
58	Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr
58	Réviseur Spécial

---

# Lagebericht

02-35

# Jahresabschluss

36-43

# Anhang

44-55

# Gremien

56-58

04 **1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen**

04 1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

05 1.2. Branchenspezifische Lage

07 1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

12 **2. Wirtschaftsbericht**

12 2.1. Entwicklung der Ertragslage

13 2.2. Entwicklung der Vermögenslage

14 2.3. Entwicklung der Finanzlage

14 **3. Risikobericht**

14 3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

15 3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten

18 **4. Prognosebericht**

18 4.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

19 4.2. Branchenspezifische Bedingungen

20 4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

25 **5. Sonstige Angaben**

# Lagebericht

## 1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

### 1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach dem konjunkturellen Rückschlag im Jahr 2009 hat sich die wirtschaftliche Lage im Berichtsjahr weltweit stabilisiert und deutlich verbessert. Dabei sind große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern festzustellen. Mit einem Wachstum von 3,6 % konnte sich Deutschland weitgehend dem Niveau der wirtschaftlichen Aktivität vor der Krise annähern. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Rückgang im Jahr 2009 in Deutschland besonders stark ausgeprägt war. Im besonderen Fokus standen aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung die Länder Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien. Bei den drei letztgenannten war im zweiten Jahr in Folge ein Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen. Darüber hinaus standen weitere Staaten und Regionen auch außerhalb des Euroraumes und Europas aufgrund ihrer Verschuldung im besonderen Fokus der Finanzmärkte und Ratingagenturen. Die Ursachen dafür sind jedoch unterschiedlich. Irland hat vor allem mit einem relativ zur Größe der Realwirtschaft überdimensionierten und in Schieflage geratenen Bankensektor zu kämpfen, während in Griechenland fiskalische Probleme im Vordergrund stehen. In Spanien sind die Auswirkungen einer platzenden Immobilienblase und der schwierige Arbeitsmarkt die Hauptprobleme.

Sehr gut aus der Krise gekommen sind die asiatischen Volkswirtschaften, allen voran China, das im Jahr 2010 mit 10,3 % wieder ein zweistelliges Wachstum verbuchen konnte. Die USA erreichten mit einem Wachstum von 2,9 % wieder das Vorkrisenniveau der wirtschaftlichen Aktivität; allerdings verharrte die Arbeitslosenquote in den USA auch im Jahr 2010 auf einem Niveau knapp unterhalb der 10 %-Marke.

Die auf der makroökonomischen Ebene wichtigste Politikmaßnahme im Berichtsjahr war die Kombination einer weiterhin weltweit expansiven Geldpolitik mit einem »Rettungsschirm« für Länder in fiskalischer Bedrängnis in der Eurozone. Der Rettungsschirm, an dem sich nationale Regierungen, die EU und auch der Internationale Währungsfond beteiligen, wurde notwendig, um angesichts immer größer werdender Risikoaufschläge die fiskalische Handlungsfähigkeit einzelner Staaten – bislang insbesondere Griechenland und

Irland – zu erhalten. Trotz des Volumens des Rettungsschirms von insgesamt rund 750 Mrd €, hat er bislang deutliche Rückstufungen der Bonität einzelner Länder und damit auch entsprechende Risikozuschläge bei den Zinsen nicht verhindert. Dennoch sind die Zinsunterschiede beispielsweise zwischen Griechenland und Deutschland deutlich moderater als vor der Einführung des Euro.

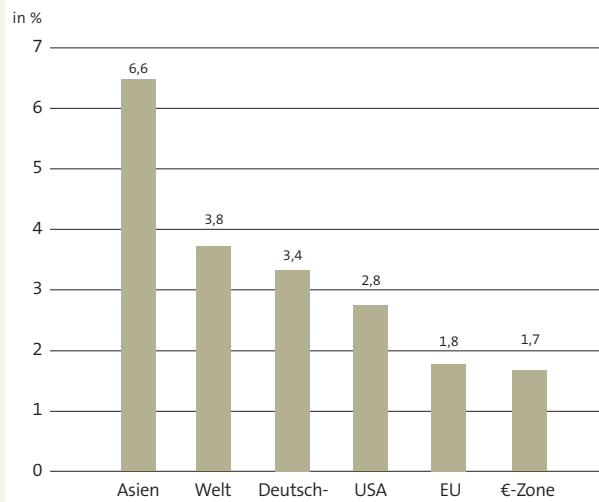
Im Bereich der Geldpolitik wurde im Berichtsjahr der bereits 2009 begonnene Weg einer quantitativen Lockerung weiter beschritten. Im Mai 2010 gab die Europäische Zentralbank (EZB) bekannt, erstmals auch griechische Staatsanleihen mit geringerer Bonität als Sicherheiten für die üblichen liquiditätszuführenden Maßnahmen zu akzeptieren. Zeitgleich griff die EZB erstmals durch Ankäufe von Staatspapieren stabilisierend in diese Märkte ein. Noch stärker als in Europa verfolgte die USA eine Geldpolitik der quantitativen Lockerung. Im November 2010 kündigte das Federal Reserve Board an, bis Mitte 2011 Staatsanleihen im Wert von ca. 600 Mrd US-\$ zu kaufen und damit die Liquiditätsversorgung zu verbessern. Trotz dieser Maßnahmen sind im Jahr 2010 die Inflationsraten sowohl in Europa als auch in den USA unter der Marke von 2 % geblieben.

Der Wechselkurs des Euro zum Dollar hat sich im Laufe des Jahres recht uneinheitlich entwickelt. Haben in der ersten Jahreshälfte 2010 die Sorgen um die (fiskalische) Stabilität einiger Länder in der Eurozone noch zu einem Rückgang des Euro von 1,44 \$/€ auf knapp 1,20 \$/€ geführt, stieg der Euro bis Anfang November wieder auf über 1,40 \$/€ und beendete das Berichtsjahr mit knapp 1,33\$/€. Ähnlich starke Schwankungen gab es auch zwischen dem Euro und den anderen wichtigen Währungen. Gegenüber dem Schweizer Franken verlor der Euro im Jahresverlauf 2010 mehr als 15 %.

Die Fiskalpolitik war durch die in der Krise 2008/2009 beschlossenen Stützungsmaßnahmen in den meisten Ländern auf einem noch deutlich expansiven Kurs mit entsprechend hohen staatlichen Defiziten. Die notwendige Haushaltskonsolidierung zwingt aber immer mehr Staaten, dieses konjunkturpolitische Mittel deutlich weniger aggressiv einzusetzen. Das offenbar wieder gestiegene Risikobewusstsein auf den (Finanz-) Märkten und die damit einhergehenden international unter-

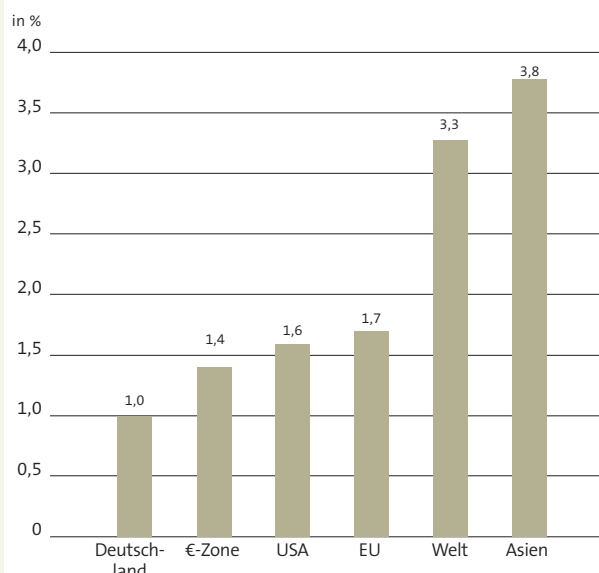
schiedlichen Risikoaufschläge trugen und tragen zu dieser Entwicklung bei.

### Reales BIP-Wachstum 2010



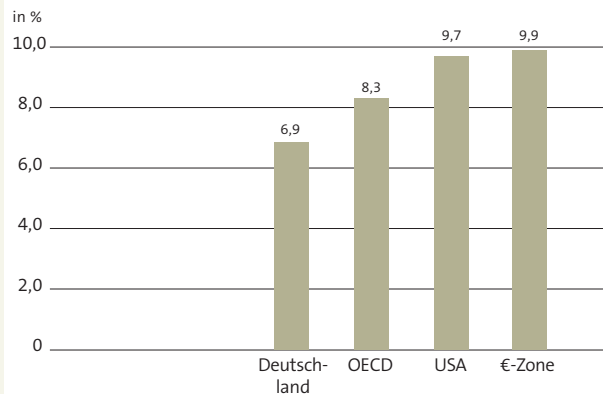
Quelle: EIU, Abfrage über Datastream

### Konsumentenpreis-inflation 2010



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream

### Arbeitslosenquoten 2010



Quelle: OECD Economic Outlook, No. 88, Nov. 2010

### 1.2. Branchenspezifische Lage

**Gesamtsituation der Bankenbranche** Die Lehren, die aus der Finanzkrise zu ziehen sind, und die damit verbundenen Konsequenzen für die Bankenbranche, waren die dominierenden Themen des Jahres 2010. Die neuen Basel-III-Vorschriften, die für eine bessere Eigenkapitalausstattung der Branche sorgen sollen, führten bereits zu intensiven Überlegungen über die Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung.

Viele Staaten verschärften die Regulierung der Finanzbranche, um das Risiko künftiger Krisen zu verkleinern. Einige Länder führten zum Beispiel eine separate Bankenabgabe ein, um die umfangreichen staatlichen Unterstützungszahlungen von der Bankbranche zurückzuerhalten oder um Rücklagen für zukünftige Krisen zu bilden. In Europa haben die Banken bisher nur einen Teil der erhaltenen Unterstützung zurückgezahlt. Auch wurden bisher keine verstaatlichten Banken reprivatisiert. In den USA ist das bereits bei der Mehrzahl der Institute gelungen.

Im Tagesgeschäft hatten einige Banken Probleme, bei denen Kredite zur Refinanzierung anstanden, deren Sicherheiten eine geringere Werthaltigkeit aufwiesen, als zum Zeitpunkt der Kreditausreichung. Belastend wirkten auch Portfolios mit Staatsanleihen aus europäischen Staaten im besonderen Fokus, da für diese Anleihen aufgrund der erwähnten Markturbulenzen zusätzliche Sicherheiten gestellt werden mussten.

### Staatsfinanzierung / Finanzierung des öffentlichen Sektors

Im Berichtsjahr 2010 hat die Eurokrise die Sensibilität der Finanzmärkte für finanzpolitische Risiken geschärft. Die Finanzmärkte bewerteten die konkreten Haushalts- und Budgetzahlen der einzelnen Volkswirtschaften, wodurch die finanzpolitischen Risiken der Staaten in den Mittelpunkt rückten. Diese erhöhte Aufmerksamkeit hat alle Volkswirtschaften vor allem in Europa – und nicht nur die durch ein hohes Staatsdefizit in den Fokuseratenen Staaten - dazu veranlasst, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu definieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Spanien wegen der Größe seiner Volkswirtschaft. Die spanische Regierung hat zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt und eine Arbeitsmarktreform eingeleitet. Frankreich und Großbritannien haben ebenfalls Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen. Der britische Nothaushalt wurde generell positiv aufgenommen. Frankreich hat sich ebenfalls Konsolidierungsmaßnahmen auferlegt, um ein Ansteigen der Verschuldungsquote zu stoppen und so sein AAA-Rating nicht zu gefährden. Viele der am stärksten betroffenen Volkswirtschaften können sich nur zu deutlich höheren Zinssätzen refinanzieren und sind auf multilaterale Finanzierung (Internationaler Währungsfonds, Finanzzusagen der EU) angewiesen. Es wird in zweierlei Hinsicht entscheidend sein, die finanzpolitischen Ziele zu erfüllen: zur Sicherung der Liquidität und der Bonität. Unruhige Märkte haben dazu geführt, dass Kunden aus Ländern strategischer Kernmärkte, wie zum Beispiel Spanien, versucht haben, ihren Finanzierungsbedarf für das Jahr 2010 abzudecken, und deshalb schneller und mit größeren Beträgen an den Markt gegangen sind. Die Märkte für gedeckte Schuldverschreibungen sind (im Vergleich zu den Margen-Entwicklungen bei Staatsanleihen) relativ stabil geblieben. Auch vor dem Hintergrund von Zentralbankkäufen zur Stützung der Märkte haben sich die gesamten Emissionsvolumina positiv entwickelt (höher als in den Vorjahren), da öffentliche Papiere mit besserem Rating und andere konservative Anlageformen (insbesondere Pfandbriefe) im gegenwärtigen Umfeld für ein breiteres Investorenspektrum attraktiv wurden.

**Refinanzierungsmärkte** Die Refinanzierungsmärkte zeigten sich 2010 sehr volatil. Zu Beginn des Jahres stabilisierte sich der Markt und es konnten einige erfolgreiche Benchmark-Transaktionen durchgeführt werden. Mit

der zunehmenden Verschlechterung der Situation in Griechenland und Irland nahm die Emissionstätigkeit sehr stark ab und es konnten nur noch vereinzelt und in engen Zeitfenstern Emissionen durchgeführt werden. Mit der Ankündigung eines weiteren Ankaufprogramms durch die EZB, neben Covered Bonds kaufte die EZB auch Staatsanleihen, beruhigten sich die Märkte teilweise. Die verbleibende Unsicherheit schlug sich sowohl auf öffentliche Transaktionen als auch auf Privatplatzierungen nieder. Die Gründung des Europäischen Stabilisierungsfonds und weitere Stabilisierungsmaßnahmen beruhigten die Märkte weiter und führten zu einer Wiederbelebung der Refinanzierungsmärkte. Das Ergebnis der hohen Volatilität 2010 war bei den meisten Emittenten eine Erhöhung der Zinsaufschläge für die Refinanzierung.

Der Pfandbrief bleibt daher ein wesentliches Refinanzierungsinstrument der Banken im Jahr 2011. Die Bedeutung der gedeckten Finanzierung wird weiterhin sehr hoch bleiben.

**Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen** Im Dezember 2010 hat der Gesetzgeber mit dem Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) weitere Möglichkeiten zur Stabilisierung des Finanzmarktes durch Überwindung von Bestands- und Systemgefährdungen geschaffen. In diesem Zusammenhang hat der Gesetzgeber zugleich das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) ergänzt und die Möglichkeiten des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) im Zusammenhang mit der vom SoFFin im Zuge der Finanzkrise gewährten Stabilisierungsmaßnahmen (Kapitalzuführungen, Garantien etc.) präzisiert, insbesondere um bestehende Beteiligungen des SoFFin bestmöglich wieder privatisieren zu können. Ferner wurde für Unternehmen des Finanzsektors, die bestimmte Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin in Anspruch nehmen, Beschränkungen hinsichtlich der Vergütung ihrer Mitarbeiter aufgelegt. Die Vergütung der Organe und Angestellten ist nunmehr auf 500.000 € p.a. beschränkt; zuvor galt dies nur für die Organe. Soweit der SoFFin an einem solchen Unternehmen direkt oder indirekt mit mindestens 75 % der Anteile beteiligt ist – wie im Falle der Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding) und ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften- sind zudem variable Vergütungen unzulässig; bei einer geringen Beteiligung des SoFFin bleiben variable Vergütungen

demgegenüber unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

### 1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

#### 1.3.1. Konzernspezifische Rahmenbedingungen

**1.3.1.1 Organisatorische und rechtliche Struktur des Hypo Real Estate Konzerns (HRE)** Die Konzernstruktur der HRE bestand im Berichtsjahr insbesondere aus der übergeordneten HRE Holding und den operativen Banktochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG sowie der DEPFA Bank plc. Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) ist neben der DEPFA ACS Bank und der Hypo Public Finance Bank eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der DEPFA Bank plc (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften und Zweigstellen im folgenden als DEPFA Gruppe bezeichnet) somit ein Mitglied der HRE.

Die HRE Holding verantwortet die gesamte strategische Steuerung des Konzerns. Hier werden die konzernübergreifenden Aufgaben wahrgenommen. In der divisionalen Struktur der HRE gliedern sich die Verantwortungsbereiche in die beiden Geschäftssegmente Commercial Real Estate Finance und Public Sector Finance. Das Geschäft der HPBI ist dem Public Sector Finance Bereich zugeordnet.

**1.3.1.2 Strategie der HRE** Im Geschäftsjahr 2010 war die HRE konzernübergreifend in zwei Berichtssegmenten im Neugeschäft tätig: Real Estate Finance und Public Sector Finance. Darüber hinaus gab es noch das zusätzliche Berichtssegment Value Portfolio sowie die Berichtsspalte Consolidation and Adjustments.

Neugeschäft wird nur in der Deutschen Pfandbriefbank AG getätigt. Dabei konzentriert sich die Bank auf pfandbrieffähiges Neugeschäft in der Staatsfinanzierung (Public Sector Finance) und der Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) mit geographischem Schwerpunkt auf Europa. Wesentlicher Erfolgsfaktor in der Neugeschäftsstrategie sind die zahlreichen und langjährigen Kundenverbindungen und der große Kundenstamm, welche die Basis für die im Jahr 2010 getätigten Neugeschäfte waren. Die Auswahl der Kreditgeschäfte erfolgt vor dem Hintergrund einer konservativen Refinanzierungsstrategie und den daraus resultierenden Anforderungen an den Umfang und die Qualität

des Aktivgeschäfts. Im Mittelpunkt steht eine konsequente Risikoanalyse und die Konzentration auf Geschäft mit angemessenem Risiko-Ertrags-Verhältnis. Eine gezielte Vertriebssteuerung ermöglicht es, den Anforderungen der Investoren an die Qualität des Aktivgeschäfts gerecht zu werden.

#### Neugeschäftsstrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Neugeschäftsstrategien für Public Sector Finance, Real Estate Finance gestalten sich wie folgt:

Das Neugeschäft des Public Sector Finance Geschäftsbereichs zielt vor allem auf primäres Kundengeschäft. Auf dem Sekundärmarkt wird die Bank nur aktiv sein, wenn dies zur Ergänzung oder Verbesserung der Portfoliostruktur notwendig ist. Der regionale Schwerpunkt liegt in europäischen Ländern mit guten Ratings, in denen sich Aktivgeschäft über die Emission von Pfandbriefen refinanzieren lässt – aktuell konzentriert sich die Bank insbesondere auf Deutschland und Frankreich. Daneben ist die Bank auch in weiteren ausgewählten europäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien sowie Mittel- und Osteuropa tätig. In der Finanzierung des öffentlichen Sektors bietet die Deutsche Pfandbriefbank AG ihren Kunden folgende Finanzierungsinstrumente und Beratungsdienstleistungen an:

- Kommunal- und Staatsfinanzierungen
- Verbürgte Darlehen
- Finanzierung von Public-Private-Partnerships
- Spezialfinanzierungen mit Exportgarantie
- Spezialfinanzierungen – „Forfaitierung“ (Forderungsankauf)
- Schuldenmanagement
- Zinssicherungsinstrumente

Die Neugeschäftsstrategie im Bereich Real Estate Finance fokussiert sich auf professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren (wie z.B. Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds und darüber hinaus in Deutschland mittelständig und regional orientierte Kunden). Der Schwerpunkt liegt auf Investmentfinanzierungen in den pfandbrieffähigen europäischen Märkten, insbesondere Deutschland, England und Frankreich sowie andere ausgewählte europäische Regionen, in denen die

Deutsche Pfandbriefbank AG schon in der Vergangenheit aktiv war. Entwicklungsfinanzierungen werden selektiv und ohne spekulativen Charakter vorgenommen.

**Berichtsegment Value Portfolio (insbesondere DEPFA Gruppe)** Die Seitens der Bundesrepublik Deutschland - über den SoFFin – dem HRE-Konzern zugeflossenen Stabilisierungsmaßnahmen (Eigenkapitalzuführungen, Garantien sowie die Auslagerung von Risikopositionen und nicht-strategienotwendigen Geschäftsbereichen in die FMS-Wertmanagement, „FMSW“) sind Gegenstand eines laufenden Beihilfeverfahrens bei der Europäischen Kommission. Der Abschluss dieses Verfahrens wird bis Mitte dieses Jahres erwartet. Es ist zu davon auszugehen, dass die Europäische Kommission erhebliche Auflagen gegen die HRE verhängen wird (u.a. Verpflichtung zu einer wesentlichen Reduzierung der Bilanzsumme, Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Gruppe).

In diesem Zusammenhang wird die DEPFA Gruppe, zu der auch die HPBI gehört, dem nicht strategischen Teil der HRE zugerechnet. Es wird erwartet, dass der HRE auferlegt wird, sich von diesem Teil zu trennen. Durch den Transfer von Risikopositionen, nicht strategischen Vermögensgegenständen und Geschäftsaktivitäten an die FMSW hat die DEPFA Gruppe bereits signifikant ihre Risikoposition reduziert, das Portfolio verkleinert und ihre Geschäftsaktivitäten stabilisiert.

Bis zu einer möglichen künftigen Privatisierung wird seitens der EU-Kommission erwartet, dass die Unternehmen der DEPFA Gruppe – mit den nachfolgend beschriebenen Ausnahmen – kein Aktiv-Neugeschäft tätigen. Über Dienstleistungsverträge mit der HRE, die einen Kooperationsvertrag mit der FMSW hat, bearbeitet die DEPFA Gruppe das an die FMSW übertragene Portfolio. Darüber hinaus betreut und bearbeitet die DEPFA Gruppe durch ihre weltweiten Einheiten das ihr verbliebene Portfolio („Value Portfolio“).

Die Strategie der DEPFA Gruppe ist darauf ausgerichtet, ein geeignetes Asset / Liability Profil beizubehalten. Die der HRE gewährte externe Liquiditätsunterstützung wurde komplett an die FMSW übertragen. Seitdem refinanzieren sich HRE und DEPFA Gruppe vollständig unabhängig. Die DEPFA Gruppe plant augenblicklich

keine weiteren Kapitalmarkttransaktionen. Liquiditätsspitzen werden über Zentralbanken (EZB-Tender) oder Repos mit anderen Marktteilnehmern gesteuert.

In diesem Zusammenhang könnte die DEPFA Gruppe die Genehmigung für folgende Transaktionen erhalten:

- Restrukturierungen bestehender Kredite zur Werterhaltung oder Wertsteigerung,
- Geschäfte im Rahmen des Liquiditätsmanagements,
- Asset Swaps im Rahmen der Risikostrategie,
- Verkauf von Kreditportfolien,
- Geschäfte, die für die Steuerung der Deckungsstöcke notwendig sind (ACS & Lettres de Gage)
- Derivategeschäfte, die der Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken des Value Portfolios dienen,
- Alle Geschäfte, die erforderlich sind, um rechtliche, regulatorische oder andere Erfordernisse aller Gruppenunternehmen einschließlich von Überbesicherungsanforderungen in den Deckungsstöcken zu erfüllen,
- Asset management und Deckungsstockmanagement für Dritte, insbesondere für die FMSW.

Ein Ergebnis des Beihilfeverfahrens könnte auch darin bestehen, dass die DEPFA Gruppe als Ganzes oder ihre Tochtergesellschaften Hypo Public Finance Bank, HPBI und/oder DEPFA ACS BANK separat in den nächsten Jahren und abhängig von Anforderungen des SoFFin und der Europäischen Kommission privatisiert werden.

**Steuerungskonzept** Das Steuerungskonzept der HRE ist darauf ausgerichtet, den Fortbestand des Unternehmens zu sichern und gleichzeitig langfristig den Unternehmenswert zu steigern. Bei bestandssichernden Maßnahmen stehen die Sicherstellung der Liquidität und der Solvabilität sowie die Verbesserung des Risikofrüherkennungssystems im Vordergrund. In der Liquiditätssteuerung wird sichergestellt, alle fälligen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Die Solvabilität, also die ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital, wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern Kernkapitalquote und Eigenmittelquote gesteuert. Die HRE steuert diese Quoten auch auf Basis von Szenarioanalysen, die zum Beispiel Ratingmigrationen oder Wechselkursveränderungen berücksichtigen. Bei der Steuerung des Eigenkapitals werden

die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie die Anforderungen der Ratingagenturen und Geschäftspartner an die Mindestkapitalisierung erfüllt. Darüber hinaus hat die HRE bereits große Anteile von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten an die FMSW übertragen, welches zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva und entsprechender Steigerung der Kapitalquoten führte. Nach der Krise wurde das Risikofrüherkennungssystem der HRE überarbeitet; es ist ausführlich im Risikobericht dargestellt.

Gleichzeitig ist für die Reprivatisierbarkeit des Unternehmens ein Ertrag oberhalb der Kapitalkosten und zu diesem Zweck strikte Kostendisziplin erforderlich. Diese wird sowohl anhand der absoluten Kosten als auch mittels der Cost-Income-Ratio überwacht. Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen. Eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio wird sowohl durch eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Zuge der Restrukturierung als auch durch zunehmenden Ertrag im Neugeschäft angestrebt. Die Steigerung des Unternehmenswertes ist gegeben, wenn die Eigenkapitalrentabilität einer Steuerungseinheit ihre Eigenkapitalkosten nachhaltig übersteigt. Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wird der Jahresüberschuss nach IFRS in Beziehung zum durchschnittlichen Eigenkapital (ohne AFS-Rücklage und Cashflow-Hedge-Rücklage) gesetzt. Dabei stellen die Eigenkapitalkosten die rechnerischen Kosten für das Eigenkapital dar und geben den Grenzkostensatz für die bestehende und künftige Risikonahme vor. Durch Vergleich der Eigenkapitalrentabilität mit den Eigenkapitalkosten werden das Neugeschäft und das bestehende Portfolio auf Rentabilität unter Berücksichtigung des ökonomischen Risikos untersucht.

### 1.3.1.3 Wesentliche Ereignisse

**Liquiditätssichernde Maßnahmen** Die durch den SoFFin garantierten und von der Deutsche Pfandbriefbank AG zur Liquiditätsbeschaffung emittierten Wertpapiere umfassten bis Ende September 2010 ein Gesamtvolumen von 124 Mrd €. Diese Garantien wurden im Rahmen des

Portfoliotransfers komplett an die FMSW übertragen. Es bestehen keine Garantien des SoFFin für die HRE mehr. Die Refinanzierung der HRE erfolgt seitdem vor allem über bereits ausstehende Pfandbriefe, Covered Bonds und unbesicherte Emissionen. Für Liquiditätsgarantien, die die HRE vom SoFFin erhielt, galten unterschiedliche Konditionen: Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % p. a. auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für ausgestellte Garantien fiel eine Provision in Höhe von 0,5 % bzw. 0,8 % p. a. an.

**Rekapitalisierungsmaßnahmen** Im Jahr 2010 erhielt die HRE verschiedene Hilfen zur Rekapitalisierung. Am 30. April 2010 erhielt sie vom SoFFin die Zusage für die nächste Rekapitalisierungstranche von bis zu 1,85 Mrd €. Am 20. Mai 2010 wurden hieraus zunächst 1,4 Mrd € in die Kapitalrücklage der HRE Holding eingezahlt, wovon die HRE Holding in Summe 900 Mio € an die DEPFA Bank plc. – primär zur Erfüllung der Mindestkapitalquoten der DEPFA Bank plc. – weitergeleitet hat. Insgesamt hat die HRE im Jahr 2009 und 2010 damit 7,42 Mrd € Kapital vom SoFFin erhalten. Die Höhe der insgesamt zugesagten Eigenkapitalhilfen vom SoFFin belaufen sich auf ein Gesamtvolumen von bis zu 9,95 Mrd €. Im Rahmen der Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten hat die HRE Holding AG hiervon einen Anspruch auf Einzahlung in die Kapitalrücklage der HRE Holding in Höhe von 2,08 Mrd € auf die FMSW abgespalten. Der SoFFin hat sich verpflichtet, weitere 0,45 Mrd € in Form einer Einzahlung in die Kapitalrücklage der HRE oder der Deutschen Pfandbriefbank AG zu leisten. Diese Verpflichtung ist u.a. von beihilferechtlichen Voraussetzungen abhängig. Der Nachweis, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, kann bis 31. Dezember 2011 erbracht werden, danach erlischt der Einlageanspruch.

**Verfahren bei der Europäischen Kommission** Die Seitens der Bundesrepublik Deutschland – über den SoFFin – der HRE zugeflossenen Stabilisierungsmaßnahmen (Eigenkapitalzuführungen, Garantien sowie die Auslagerung von Risikopositionen und nicht-strategienotwendigen Geschäftsbereichen in die FMSW) sind Gegenstand eines laufenden Beihilfeverfahrens bei der Europäischen Kommission. Der Abschluss dieses Verfahrens wird bis Mitte dieses Jahres erwartet.

**Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in die Abwicklungsanstalt FMSW** Mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 hat der HRE-Konzern Darlehen und Wertpapiere mit einem ausstehenden Nominalvolumen (ohne nicht gezogene Zusagen) von rund 173 Mrd € rechtlich und/oder wirtschaftlich auf die FMSW übertragen bzw. durch Finanzgarantien der FMSW abgesichert. Ausgelagert wurden Geschäftsaktivitäten die für die Neuausrichtung des Konzerns nicht strategienotwendig waren, sowie Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus dem Public-Sector-Finance-Portfolio und dem Immobilienfinanzierungsportfolio, insbesondere der DEPFA Bank plc und der Deutschen Pfandbriefbank AG. Das Public-Sector-Finance-Portfolio enthält Aktiva öffentlicher oder dem öffentlichen Sektor nahestehender Schuldner mit hoher Kreditqualität, aber derzeit niedriger Marktbewertung. Der Großteil des übertragenen Immobilienfinanzierungsportfolios ist von dem derzeit schwierigen Umfeld im Immobiliensegment belastet. Zusätzlich wurden Vermögenswerte anderer Konzerngesellschaften, insbesondere der DEPFA ACS Bank, Dublin, der HPBI und der Hypo Public Finance Bank, Dublin transferiert sowie strukturierte Produkte und Handelspositionen, die mit erhöhten Ausfallrisiken behaftet sind und, sofern geboten, entsprechend wertberichtigt wurden beziehungsweise deren Wertänderungen in das Handelsergebnis eingeflossen sind. Insgesamt wurden über 12.500 Einzelpositionen aus fast 70 Rechtsräumen migriert.

Darüber hinaus wurden Derivate übertragen bzw. durch Finanzgarantien abgesichert, die ganz überwiegend der Absicherung der Vermögenswerte gegen Zinsrisiken dienen.

Das Asset Management für das auf die FMSW übertragene Portfolio wird über einen Kooperationsvertrag weiterhin durch den HRE-Konzern erbracht.

Auch die durch den SoFFin garantierten, von der Deutsche Pfandbriefbank AG zur Liquiditätsbeschaffung emittierten Wertpapiere im Volumen von rund 124 Mrd € wurden vollständig auf die FMSW übertragen.

Die Transaktion wurde von der EU-Kommission vorläufig genehmigt und in das laufende Beihilfungsverfahren aufgenommen. Es wird damit gerechnet, dass ein Abschluss des Verfahrens bis Mitte diesen Jahres zu

erreichen ist. Mit der Übertragung der Vermögenswerte ist der zentrale und wichtigste Schritt hinsichtlich der Restrukturierung und Neuausrichtung getan: Insbesondere wurde die strategische Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG neu aufgestellt und durch die verbesserte Bilanzstruktur unabhängig von Liquiditätshilfen.

**Restrukturierungsmaßnahmen** Im Jahr 2010 konnten mit Singapur, Mumbai und Nicosia drei weitere nicht-strategische Standorte geschlossen sowie in Tokio bisher doppelte Bürostandorte an einem Standort konzentriert werden. Das Business- und IT-Transformationsprogramm New Evolution konnte 2010 wichtige Projekte erfolgreich in Produktion nehmen, so zum Beispiel ein konzernweit eingesetztes Credit-Limit-System, eine auf SAP basierende Personalverwaltungssoftware und die Umsetzung der durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Bilanzstatistik- und Zinsstatistik-Anforderungen. Ebenso konnten die für den bereits erwähnten Transfer an die FMSW notwendigen IT-Projekte fristgerecht umgesetzt werden.

**Personalia** Der Aufsichtsrat der HRE Holding hat am 10. November 2009 Dr. Bernhard Scholz mit Wirkung zum 1. Januar 2010 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Er verantwortet den Geschäftsbereich Real Estate Finance und seit dem 19. Juli 2010 zusätzlich den Geschäftsbereich Public Sector Finance.

Dr. Axel Wieandt hat mit Wirkung vom 25. März 2010 seine Mandate in der HRE niedergelegt. Am gleichen Tag hat der Aufsichtsrat Manuela Better interimistisch mit der Funktion der Vorstandsvorsitzenden der HRE Holding und der Deutsche Pfandbriefbank AG betraut und am 15. November 2010 endgültig als Vorstandsvorsitzende bestätigt. Zusätzlich übt sie weiterhin ihre Aufgabe als Chief Risk Officer aus. Darüber hinaus nimmt sie das Amt des Chairman im Board of Directors der DEPFA Bank plc wahr.

Am 6. Dezember 2010 schieden Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings aus dem Vorstand der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG aus. Dr. Kai-Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings haben zu diesem Zeitpunkt auch ihre weiteren Mandate im Konzern niedergelegt.

Als neues Vorstandsmitglied der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG hat der Aufsichtsrat zum 1. Januar 2011 Wolfgang Groth bestellt, der unter anderem die Aufgabe des Treasurers wahrnehmen wird. Das Ressort des COO wird nicht mehr neu besetzt, die Aufgaben werden innerhalb des neu formierten Vorstands verteilt.

**Ratings** Die mandatierten Ratingagenturen sind Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's. Lediglich die HPBI, eine Tochtergesellschaft der DEPFA Bank plc, und deren Lettres de Gage werden ausschliesslich von Standard & Poor's geratet.

Im Geschäftsjahr 2010 und bis zum 1. April 2011 kam es im Hinblick auf die Bankratings und die Ratings der Covered Bonds zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen:

Mit Umsetzung der neuen Standard & Poor's Ratingmethodik für Covered Bonds, die unter anderem die Covered-Bond-Ratings an die Bankratings knüpft, wurden im April 2010 die Ratings der Deutsche Pfandbriefbank AG für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarpfandbriefe, der DEPFA ACS Bank für Asset Covered Securities sowie der Hypo Pfandbrief Bank International für Lettres de Gage von jeweils AAA nach unten auf AA+ beziehungsweise AA angepasst und auf der Überprüfungsliste belassen.

Im August 2010 wurden die AA+ Ratings der Öffentlichen Pfandbriefe und der Hypothekendarpfandbriefe und das AA Rating der Asset Covered Securities durch Standard & Poor's bestätigt und mit einem stabilen Ausblick versehen.

Die Überprüfung auf Herabstufung der Lettres de Gage der HPBI dauerte zu diesem Zeitpunkt an.

Im Juli 2010 hat Moody's den Überprüfungsstatus für die irischen Asset Covered Securities der DEPFA ACS Bank aufgelöst und das Rating um eine Stufe von Aa2 auf Aa3 nach unten angepasst. Im September 2010 bestätigte Moody's das Aa3 Rating der Hypothekendarpfandbriefe sowie das Aaa Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der Deutsche Pfandbriefbank AG.

Fitch Ratings senkte im August 2010 das Kurzfrustrating der gerateten Banken von F1+ auf F1.

Nach der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMS Wertmanagement haben alle Ratingagenturen ihre Ratings für die Banken im Konzern überprüft und die Ergebnisse im Oktober 2010 veröffentlicht:

- Moody's bestätigte das A3 Langfrustrating, das P-1 Kurzfrustrating sowie das E+ Finanzstärkerating der Deutsche Pfandbriefbank AG und änderte den Ausblick für das Langfrustrating von negativ auf stabil. Der negative Ausblick auf das Finanzstärkerating wurde in positiv umgewandelt.

Gleichzeitig stuft Moody's das Langfrustrating der gerateten Banken der DEPFA Gruppe auf Baa3 und das Kurzfrustrating auf P-3 herab. Das E+ Finanzstärkerating wurde bestätigt. Der Ausblick wurde von negativ auf stabil geändert.

Das Rating der Asset Covered Securities der DEPFA ACS Bank wurde auf die Überprüfungsliste für eine mögliche Herabstufung gesetzt.

- Fitch Ratings hat die Lang- und Kurzfrustratings der Deutsche Pfandbriefbank AG bestätigt und ein Individualrating von D vergeben. Das F Individualrating der Hypo Real Estate Holding AG wurde auf D angehoben und gleichzeitig entzogen.

Die Kurzfrist- und Langfrustratings der DEPFA Bank plc und ihrer Töchter wurden um jeweils eine Stufe auf BBB+ beziehungsweise F2 herabgestuft. Der Ausblick ist hier negativ. Das Individualrating der DEPFA Bank plc wurde von F auf D hochgestuft.

Auch Fitch Ratings setzte das Rating der Asset Covered Securities der DEPFA ACS Bank auf die Überprüfungsliste für eine mögliche Herabstufung.

- Standard & Poor's bestätigte die Lang- und Kurzfrustratings der gerateten Banken der HRE-Gruppe bei BBB beziehungsweise A-2 und nahm sie von der Überprüfungsliste für eine mögliche Heraufstufung. Der Ausblick ist stabil.

Im Dezember 2010 leitete Moody's die Überprüfung auf Herabstufung von Nachrangemissionen deutscher Kreditinstitute sowie der DEPFA Bank plc ein.

Im Februar 2011 hob Moody's das Rating der Hypothekenpfandbriefe der Deutschen Pfandbriefbank AG von Aa3 auf Aa1 an. Die Überprüfung der Ratings der Lettres de Gages der HPBI wurde von Standard & Poor's ebenfalls im Februar beendet. Das Rating wurde um eine Stufe abgesenkt und liegt nun bei AA- mit stabilem Ausblick. Ebenfalls im Februar stufte Moody's in einer branchenweiten Aktion nachrangige Emissionen deutscher Kreditinstitute und der DEPFA Bank plc herab. Diese Ratings liegen für die Deutsche Pfandbriefbank AG nun bei B2 mit positivem Ausblick und für die DEPFA Bank plc bei B3 mit stabilem

Ausblick. Zudem bestätigte Moody's das Rating der Asset Covered Securities der DEPFA ACS Bank bei Aa3.

Standard & Poor's hat die Lower Tier 2 Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG, der DEPFA Bank plc und DEPFA ACS Bank von BBB- auf BB- zurückgestuft.

Auf Basis der angewandten Ratingmethoden profitieren die derzeitigen Ratings der Banken der DEPFA Gruppe unter anderem von Verbindungen zwischen DEPFA Gruppe und FMSW. Unter den gegebenen Voraussetzungen erachten wir für diese Banken das bestmögliche Ratingniveau als erreicht. Insgesamt passen die Agenturen ihre Ratingmethoden weiter an und stellen höhere Anforderungen an die Emittenten oder gerateten Produkte.

#### Überblick der Ratings der gerateten Konzerngesellschaften und Covered Bonds zum 1. April 2011

		Fitch Ratings	Moody's	Standard & Poor's <sup>1</sup>
Deutsche Pfandbriefbank AG	Langfrist-Rating	A-	A3	BBB
	Ausblick	Stabil	Stabil	Stabil
	Kurzfrist-Rating	F1	P-1	A-2
Öffentliche Pfandbriefe		AAA	Aaa	AA+
Hypothekenpfandbriefe		AA+ <sup>2</sup>	Aa1	AA+
Banken der DEPFA Gruppe	Langfrist-Rating	BBB+	Baa3	BBB
	Ausblick	Negativ	Stabil	Stabil
	Kurzfrist-Rating	F2	P-3	A-2
Asset Covered Securities		AAA <sup>2</sup>	Aa3	AA
Lettres de Gage		-	-	AA-

<sup>1</sup> Für die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. und deren Lettres de Gage werden nur von Standard & Poor's Ratingnoten vergeben.

<sup>2</sup> Überprüfung auf Herabstufung

#### 1.3.2. Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

In Übereinstimmung mit der Strategie des Berichtssegments Value Portfolio lag das Hauptaugenmerk der Bank im Geschäftsjahr 2010 auf der Verwaltung und der weiteren Reduzierung ihres Portfolios bei jederzeitiger Sicherstellung der Liquidität. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 hat die HPBI Darlehen, Wertpapiere und Sicherungsderivate mit einem Buchwert (ohne nicht gezogene Zusagen) von rund 3,1 Mrd € rechtlich und wirtschaftlich auf die FMSW übertragen. Das übertragene Portfolio enthält Aktiva öffentlicher oder dem öffentlichen Sektor nahestehender

Schuldner mit hoher Kreditqualität, aber derzeit niedriger Marktbewertung. Darüber hinaus übertrug die HPBI rund 1,9 Mrd € an Refinanzierungsvolumen (Passiva), insbesondere in Form von Repo Geschäften an die FMSW.

Aufgrund der hohen Qualität des Anlagebestandes war die Bank in der Lage, einen Teil ihres Liquiditätsbedarfs im Rahmen von Pensions- und Tendergeschäften sicherzustellen. Daneben wurden im Berichtsjahr Pfandbriefe im Volumen von 115 Mio € emittiert. Diese Emissionen stammen aus Andienungsrechten früherer Jahre. Somit

handelt es sich hierbei nicht um originäres Neugeschäft, sondern um vertragliche Verpflichtungen aus früheren Emissionen. Weiterhin wurde mit der DEPFA Bank plc der Rückkauf von zwei Lettres de Gage (LdG) in Höhe von ca. 830 Mio € vereinbart, die im November 2008 und Februar 2009 emittiert worden waren. Die DEPFA Bank plc hielt diese LdG auf ihrer Bilanz. Die Rückkäufe waren Teil der Bilanzreduzierung der HPBI in Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten an die FMSW am 1. Oktober 2010. Die HPBI hat zu diesem Vorgang Ad-hoc Mitteilungen veröffentlicht.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit über die weitere Zukunft der HRE und somit der HPBI war für die Bank der Zugang zu den Geldmärkten versperrt. Dementsprechend wurde das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin für die HRE (wie in Punkt 1.3.1.3 beschrieben) im Jahr 2010 weiterhin indirekt über die DEPFA Bank plc bzw. die Deutsche Pfandbriefbank AG von der HPBI in Anspruch genommen. Im Berichtszeitraum wurden von der HPBI durchschnittlich 409 Mio € SoFFin-garantierter Liquiditätsfazilitäten über die HRE in Anspruch genommen.

Im Oktober 2010 wurden alle Liquiditätsfazilitäten der HRE an die FMWS übertragen. Seither deckt die HPBI ihren Liquiditätsbedarf über Geldmarktgeschäfte mit ihrer Muttergesellschaft und über Pensions- und Tendergeschäfte.

Die DEPFA Bank plc als alleiniger Eigentümer der HPBI hat ihre umfassende bis Ende Mai 2010 laufende Garantie nicht verlängert. Alle vor Mai 2010 getätigten Emissionen der HPBI profitieren aber weiterhin von der Garantie.

**Rating** Die HPBI und deren Lettres de Gage werden von Standard & Poor's geratet.

Im Geschäftsjahr 2010 und bis zum 1. April 2011 kam es im Hinblick auf die Bankratings und die Ratings der Lettres de Gage zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen:

Mit Umsetzung der neuen Standard & Poor's Ratingmethodik für Covered Bonds, die unter anderem die Covered-Bond-Ratings an die Bankratings knüpft,

wurden im April 2010 die Ratings der HPBI für Lettres de Gage von AAA nach unten auf AA angepasst und auf der Überprüfungsliste für eine mögliche Herabstufung belassen.

Nach der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMSW hat Standard & Poor's die Ratings für die Banken der HRE überprüft und die Ergebnisse im Oktober 2010 veröffentlicht. Das Lang- und Kurzfrustrating der HPBI wurde bei BBB beziehungsweise A-2 bestätigt und von der Überprüfungsliste für eine mögliche Heraufstufung genommen. Der Ausblick ist stabil.

Im Februar 2011 wurde die Überprüfung der Ratings der HPBI für Lettres de Gage der HPBI von Standard & Poor's beendet. Das Rating wurde um eine Stufe abgesenkt und liegt nun bei AA- mit stabilem Ausblick.

Auf Basis der angewandten Ratingmethoden profitieren die derzeitigen Ratings der Banken der DEPFA Gruppe unter anderem von Verbindungen zwischen DEPFA Gruppe und FMSW. Unter den gegebenen Voraussetzungen erachten wir das bestmögliche Ratingniveau als erreicht. Insgesamt passen die Agenturen ihre Ratingmethoden weiter an und stellen höhere Anforderungen an die Emittenten oder gerateten Produkte.

**Überblick der Ratings der gerateten Konzerngesellschaften und Covered Bonds zum 1. April 2011**

		Standard & Poor's
Hypo Pfandbrief Bank International	Langfrist-Rating	BBB
	Ausblick	Stabil
	Kurzfrist-Rating	A-2
Lettres de Gage		AA-

**Gesellschaftsrechtliche Veränderungen** Die DEPFA Bank plc ist weiterhin einziger Aktionär der HPBI. Die mit Wirkung vom 3. Juni 2009 für ein Jahr verlängerte Garantie der DEPFA Bank plc wurde in 2010 nicht erneuert.

Die Leitungs- und Verwaltungsorgane der Bank bestehen aus dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung sowie dem Kredit-Komitee. Aufgabe des Kredit-Komitees der HPBI ist u.a. die Genehmigung von Limiten für

Kontrahentenrisiken auf Vorschlag des Kredit-Komitees der DEPFA Gruppe, Dublin.

Der Verwaltungsrat der HPBI hat im Geschäftsjahr 2010 in mehreren Sitzungen und Umlaufbeschlüssen, die gemäß der Satzung und Geschäftsordnung der Bank berichtspflichtigen Vorgänge beraten und dazu Entscheidungen getroffen. Hierbei waren nicht nur die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2009 sondern vor allem auch die Veräußerung von nicht-strategischen Vermögenswerten sowie die Möglichkeiten für eine strategische Zukunft der Bank Hauptthemen.

Herr Hagen Schmidt hat sein Verwaltungsratsmandat zum 30. Juni 2010 niedergelegt. Herr Dr. Matthias Achilles wurde zum 31. März 2010 in den Verwaltungsrat berufen. Herr Matthew Cyril Dunne (als Vorsitzender), Herr Markus Fels und Herr Stephane Rio wurden als Verwaltungsratsmitglieder bestätigt.

Herr Hagen Schmidt ist am 30. Juni 2010 aus der Geschäftsführung der HPBI ausgeschieden. Frau Daniela Obermeier ist zum 12. Mai 2010 aus der Geschäftsführung der HPBI ausgeschieden. In die Geschäftsführung wurden zum 13. Mai 2010 Herr Dr. Matthias Achilles und zum 1. Oktober 2010 Herr John Cox berufen. Für den Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis zum 30. September 2010 war Herr Dr. Matthias Achilles mit ausdrücklicher Zustimmung der CSSF alleiniger Geschäftsführer der Bank. In diesem Zeitraum hat die Bank kein Neugeschäft getätigt. Die Zuständigkeiten der Geschäftsleiter stellten sich am Bilanzstichtag wie folgt dar:

- Dr. Matthias Achilles:  
Strategie, Risk Control, Abwicklung, Operations, Rechnungswesen, externes Meldewesen, Recht, interne Verwaltung, Informationstechnologie, Compliance, Personal sowie Betreuung der Arbeiten der externen Revision.
- John Cox:  
Handelstätigkeit, Kommunikation, Marketing und Neuprodukte.

Für die Verteilung der Aufgabenbereiche unter den Geschäftsleitungsmitgliedern sowie die Vertretungsregelungen liegt ein Geschäftsverteilungsplan vor. Innerhalb seines Aufgabenbereiches hat jeder

Geschäftsleiter das alleinige Weisungs- und Entscheidungsrecht.

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1. Entwicklung der Erfolgslage

Die Erfolgslage der HPBI war im Geschäftsjahr 2010 von der spezifischen Situation der HRE Group geprägt. Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 2,6 Mio €. Das negative Provisionsergebnis von 2,4 Mio € ist in Höhe von 1,8 Mio € auf die Aufwendungen für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss ist von 18,6 Mio € (2009) auf 11,0 Mio € im Geschäftsjahr 2010 gesunken. Primär ist das Absinken auf eine Normalisierung der Zinserträge im Geldmarktbereich zurückzuführen, die bereits in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2009 einsetzte. Insofern hat sich das Zinsergebnis der Bank im Jahr 2010 gegenüber der außerordentlichen Ertragslage des Jahres 2009 wieder normalisiert. Das Absinken der Provisionsaufwendungen ist wesentlich auf die im Jahresdurchschnitt geringere Inanspruchnahme von SoFFin Mitteln zurückzuführen, die mit der Übertragung von Vermögensgegenständen an die FMSW am 1. Oktober 2010 komplett zurückgeführt wurden. Zudem beinhalten die Provisionsaufwendungen 2009 Sondereffekte im Zusammenhang mit der Bildung einer Rückstellung für die Liquiditätsunterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland. Wertberichtigungen wegen voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten für die Finanzanlagen nicht vorgenommen werden. In Übereinstimmung mit den steuerlichen Bestimmungen in Luxemburg wird weiterhin von der Möglichkeit einer Sammelwertberichtigung zur Vorsorge gegen latente Kreditrisiken Gebrauch gemacht, allerdings wurde die Risikovorsorge in der Folge der in 2010 vorgenommenen Bilanzreduzierung um 0,4 Mio € reduziert. Der Verwaltungsaufwand hat sich gegenüber 2009 deutlich erhöht. Wesentlicher Grund für die Erhöhung sind die einmaligen zusätzlichen Kosten für die Vorbereitung der Übertragung von Vermögensgegenständen an die FMSW.

<b>Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform</b>		
in Tsd €	31.12.2010	Vorjahr
Zinsüberschuss	11.006	18.602
Provisionsergebnis	-2.394	-6.059
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	140	108
Personalaufwand	-1.396	-1.264
Andere Verwaltungsaufwendungen	-6.508	-2.565
Abschreibungen auf Sachanlagen	-120	-150
Verwaltungsaufwand	-8.024	-3.979
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	1.447	777
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2.175	9.449
Kursgewinne/Verluste aus Anlagebestand	-1	-5.633
Risikovorsorge	419	-1.000
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2.593	2.816
Steuern	-328	-350
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.265</b>	<b>2.466</b>

## 2.2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HPBI belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 4.640 Mio €, nach 8.054 Mio € zum 31. Dezember 2009. Die Reduzierung der Bilanzsumme ist hauptsächlich bedingt durch die Übertragung von Vermögensgegenständen (3.134 Mio € Bonds und Schuldscheindarlehen) an die FMSW. Des Weiteren wurden im November 2010 830 Mio € eigene öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft und entwertet.

Der Forderungsbestand einschließlich Wertpapiere beträgt 3.651 Mio €. Das entspricht gegenüber 31. Dezember 2009 (7.091 Mio €) einem Rückgang um 48,5 %.

Derivative Finanzinstrumente wurden nur zur Absicherung gegen Risiken aus Marktwertveränderungen eingesetzt. Die Veränderung der Marktwerte dieser Derivate trägt zum Rückgang der Bilanzsumme bei. Im Zuge der Übertragung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten an die FMSW wurden auch die diese Positionen sichernden Derivate übertragen.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet und werden dort nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertberichtigungen wegen voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten nicht vorgenommen werden. Zum 31. Dezember 2010 bestanden für Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 1.645 Mio € niedrigere Marktwerte

in Höhe von 1.527 Mio €. Diese Wertdifferenzen sind auf Credit-Spreadänderungen zurückzuführen, die teilweise durch gegenläufige Zinsderivatepositionen gedeckt wurden.

Für die hier angegebenen Marktwerte wurden beobachtbare Marktpreise sowie von Maklern gestellte Preise bzw. Bewertungsparameter herangezogen. Für Wertpapiere, für die derartige Werte nicht vorlagen (1.488 Mio €), wurden die Preise von vergleichbaren, aktiv gehandelten Papieren abgeleitet.

## 2.3. Entwicklung der Finanzlage

Die Kapitalstruktur der HPBI zum 31. Dezember 2010 ist weiterhin solide. Die Verbindlichkeiten weisen grundsätzlich eine ausgewogene Fristigkeit im Verhältnis zur Struktur der Vermögenswerte auf.

Die Refinanzierungsmittel betragen 4.362 Mio €. Diese reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresende (7.725 Mio €) um 43,5 %.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine öffentliche Inhaberpfandbriefe (Lettres de Gage Publiques) begeben. Bestehende Namenspfandbriefe haben in Höhe von 115 Mio € emittiert. Diese Emissionen stammen aus Andienungsrechten früherer Jahre. Nachrangmittel wurden in 2010 nicht emittiert.

Das bilanzielle Eigenkapital belief sich am 31. Dezember 2010 auf 126,1 Mio € nach 123,8 Mio € zum Vorjahresende 2009. Die Veränderung ist auf den Ergebnis des Geschäftsjahres zurückzuführen.

**Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen** Die HPBI weist zum 31. Dezember 2010 eine stabile aufsichtsrechtliche Eigenkapitalausstattung auf. Das haftende Eigenkapital beläuft sich zum 31. Dezember 2010 auf 178,8 Mio € (Vorjahresende 155,6 Mio €). Die Eigenmittelquote liegt zum Jahresende 2010 bei 48,98 %; die Kernkapitalquote beträgt 39,7 % (Vorjahresende 15,67 %).

**Liquidität** Die HPBI hat jederzeit die aufsichtsrechtlich vorgegebene Liquiditätskennzahl eingehalten. Diese Kennzahl setzt die liquiden Aktiva ins Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 30 % durch liquide Aktiva gedeckt sind. Die HPBI wies zum Stichtag einen Wert von 65,71 % (Vorjahr 47,3 %) aus.

### 3. Risikobericht

#### 3.1. Organisation, Grundsätze, Verantwortlichkeiten und Aufgaben des Risikomanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet. Alle Aufgaben sind gemäß §25a des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut.

**Organisation und Komitees** Der Vorstand der HRE Holding trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagementsystem und entscheidet über alle Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Organisation. Das Risikomanagementsystem ist ein alle Geschäftsaktivitäten des Konzerns umfassendes System, hinsichtlich der nachvollziehbaren und systematischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation aller wesentlichen Risiken sowie deren Überwachung auf Basis einer definierten, jährlich überarbeiteten Risikostrategie.

Wesentliche vom Vorstand zu verantwortende Komponenten des Risikomanagementsystems sind insbesondere die

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikonahme für alle Einheiten in der HRE,
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen innerhalb der HRE und insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken,
- Verabschiedung von Kreditkompetenzen als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse,
- Entscheidung über (Portfolio-) Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen.

Das Risikomanagement der HRE ist zentral organisiert und umfasst neben Vorstand und Aufsichtsrat mehrere Komitees, die vom Vorstand der HRE Holding und dem Vorstand der Töchter etabliert wurden. Hinsichtlich ihrer Bedeutung für die HPBI sind hier folgende Gremien zu nennen:

**Risk Committee** Das Risk Committee (RC) der HRE setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender), dem Chief Financial Officer (CFO), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente sowie dem Leiter Risikomanagement & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und verabschiedet Guidelines/Policies<sup>1</sup>, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das RC überwacht die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse, des Kreditportfolios und die Einhaltung von Limiten. Es entscheidet über geeignete Maßnahmen des Kreditrisikomanagements.

Für die Adaption und Ausführung der getroffenen Entscheidungen sind primär die jeweiligen CROs der Deutsche Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc verantwortlich; bei der HPBI das für den Bereich Risk Management & Control (RMC) zuständige Mitglied der Geschäftsführung.

<sup>1</sup> Policies und Guidelines die strategische Entscheidungen beinhalten, sind durch Gesamtvorstand zu genehmigen.

**Asset and Liability Committee** Das Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury mit dem Chief Risk Officer, dem Chief Financial Officer sowie den Leitern der Bereiche Treasury und Assetmanagement, Finance, RMC besetzt. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur, Ermittlung der Verrechnungspreise, sowie die Marktrisikosteuerung und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten.

Zur lokalen Steuerung der o.g. Größen im Rahmen der Konzernvorgaben hat die HPBI ein ALCO eingerichtet, das bei Bedarf tagt, und sich aus der Geschäftsführung, sowie sämtlichen Mitarbeitern der Bereiche Treasury und RMC zusammensetzt.

**Liquidity Committee** Das Liquidity Committee (LC) besteht aus den Leitern der Bereiche Asset/Liability Management, Liquidity Management, Liquidity Risk (Vorsitz), sowie Mitarbeitern des Bereichs Finance. Es fungiert primär als Diskussionsforum zu Liquiditätsteuerung und -reporting; darüber hinaus erstellt es Beschlussvorlagen für das ALCO und das RC, und überwacht die Qualität der Liquiditätsrisikoberichte der operativen Einheiten im Konzern.

**Credit Committee** Das Credit Committee setzt sich auf Ebene der einzelnen Tochterbanken aus dem CRO (Vorsitzender), den CCOs der Geschäftssegmente, den Senior Credit Executives und dem Leiter RMC sowie Vertretern der Marktseite zusammen. Das Gremium verantwortet die kompetenz-, risikostategie- und geschäftsstrategiegerechten Kreditentscheidungen für Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen im Kreditverhältnis. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der Tochterinstitute fallen.

Zur lokalen Steuerung des Kreditgeschäfts im Rahmen der Konzernvorgaben hat die HPBI ein Kreditkomitee eingerichtet, das bei Bedarf tagt, und sich aus der Geschäftsführung, sowie dem lokalen Leiter RMC zusammensetzt.

**Chief Risk Officers** Neben den oben genannten Komitees bilden folgende – aus der Perspektive der HPBI relevante – Organisationseinheiten des Chief Risk Officers

(CRO) einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems:

- RMC, die unter anderem konzernweit Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist;
- Credit Officer Public Sector, Financial Institutions & Value Portfolio I, die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des selektiven Neugeschäfts zur Aufgabe haben.

Die in der HPBI für Risikosteuerung und -reporting verantwortliche Einheit ist organisatorisch Teil von RMC und untersteht lokal dem für die Marktfolge zuständigen Geschäftsführer.

**Risikostrategie und Policies** Die Risikostrategie basiert auf der Geschäftsstrategie und den Ergebnissen des konzernweiten Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der HRE und bildet ferner den Rahmen für die Risiko- und Geschäftsstrategien der Geschäftssegmente der HRE sowie für das konzernweite Risikohandbuch. Die Risikostrategie wurde im Dezember 2010 durch den Vorstand der HRE Holding verabschiedet.

Eingebettet in die Risikostrategie des Konzerns, ergibt sich für die HPBI als Teil des DEPFA Gruppe folgende Risikostrategie:

- Reduktion des Portfolio bzw. der Bilanzsumme durch sukzessive Fälligkeiten der Bestände, aus selektiven Wertpapierverkäufen sowie aus der - an anderer Stelle näher beschriebenen - Veräußerung von ca. EUR 3,1 Mrd Beständen an Wertpapieren und korrespondierenden Derivaten an die FMSW im Oktober 2010 (Projekt „AIDA“),
- Neue Emissionen von Pfandbriefen („Lettres des Gage“ - LdG) und Bestandsaufbau im Deckungsstock sind nicht geplant. Falls allerdings rechtlich oder ratingbedingt erforderlich, werden im Rahmen des Deckungsstockmanagements ausgewählte Papiere dem Deckungsbestand hinzugesetzt oder gegen andere Titel ausgetauscht,
- Steuerung des Ratings der LdG der HPBI in Übereinstimmung mit Konzernvorgaben,

- Sicherstellung der Refinanzierung und deren kostenoptimale Darstellung über die Laufzeit des Portfolios.
- Stabilisierung des Mitarbeiterstabs der HPBI.

Operativ konkretisiert wird die Risikostrategie in der HRE über Risik-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente, sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts- und operationales Risiko), die die Risikomessung, -überwachung und das -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung festlegen.

Ergänzend zu den Policies gelten lokal zwei weitere HPBI-spezifische Regelwerke: das Risikohandbuch (Darstellung der Konzeption) und das Risk Manual (detaillierte Beschreibung der Arbeitsprozesse und regelmäßig erstellter Reports).

**Risikoberichtswesen** Im Rahmen der Konzernvorgaben und der lokalen Vorschriften verantwortet die RMC in der HPBI u.a. folgende Aufgaben:

- Tägliche Risikomessung und -überwachung, der Markt-, Kredit-, Kontrahenten-, und Liquiditätsrisiken (im Wesentlichen auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes), sowie Ermittlung des wirtschaftlichen Ergebnisses. Dazu werden ein P&L und Risk Report, Cover Pool Report sowie Liquidity Reports erstellt und an die lokale Geschäftsführung, Mitglieder des Verwaltungsrats der HPBI, RMC München, RMC Dublin, das lokale Treasury, Operations und Accounting versandt. Die Überwachung der Kredit- und Kontrahentenrisiken ist an RMC Credit Risk ausgelagert. Die Banque Centrale de Luxembourg (BCL) erhält wöchentlich die Berichte zum Deckungsstock und zum Liquiditätsrisiko der HPBI.
- Wöchentliches und monatliches Reporting der wichtigsten Kennzahlen des Deckungsstocks an die Ratingagentur S&P.
- Monatliche Erstellung des Covered Bond-Reports, des Maturity Profile Reports, und der Total Assets List für S&P, Asset / Liability Management und Treasury.
- Unabhängige Kontrolle der zur Risiko- und Ergebnismessung verwendeten Parameter.
- Implementierung der vom zentralen RMC vorgegebenen

Steuerungskonzepte (insbesondere der Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Im Berichtsjahr wurde ein neuer Liquiditätsrisikobericht eingeführt und das ICAAP-Reporting verbessert.

Über dieses Reporting hinaus werden anlassbezogen für die Geschäftsleitung und Verwaltungsrat Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoforschwerpunkte eingehen.

**Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management** Risiken werden – insbesondere auch für die Ermittlung des ökonomischen Kapitals – für die wesentlichsten Risikoarten (außer dem Liquiditätsrisiko) nach dem Value at Risk (VaR) Ansatz quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschrieben.

Weitere, im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten, wie strategische, regulatorische und Modellrisiken sowie die als immateriell erachteten Pensions-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte, klare Vorgaben, wie z.B. den Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, gesteuert und begrenzt.

Die HPBI steuert ihre Risiken auf Buch- und Einzelgeschäftsebene durch:

- Überwachung der Risikotragfähigkeit auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse der HPBI, auch unter Berücksichtigung von Stresstestergebnissen. Risikoquantifizierung unter ICAAP und korrespondierendes Stress Testing ist an den Bereich der RMC Risk Capital der Deutschen Pfandbriefbank AG ausgelagert, die dies konzernweit verantwortet.
- Überwachung der Risikoaktiva (RWA) auf Portfolioebene über Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Gesamtkapitalquote der Bank nicht unter 8,5 % sinkt.
- Operative Risikosteuerung über
  - ein im ersten Quartal 2010 eingeführtes, verbessertes Limitsystem für Kontrahenten- und Emit-

tentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit konzernweit einheitlicher Risikomessmethodik,

- Intensive Überwachung und Management von Einzeladressen,
- Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger nach IAS 39.

Die Risikosteuerung der HPBI wird durch die Integration des ökonomischen Kapitals in den Geschäftsplanungsprozess im Jahr 2011 weiter ausgebaut.

**Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit** Die HPBI hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals. Die Methodik zur Berechnung des ökonomischen Kapitals der HPBI ist zum einen auf den Bedarf und die Anforderungen ihres Geschäfts ausgelegt. Ein weiteres Kriterium ist zum anderen die Erfüllung der Säule-2-Kriterien nach Basel II für Banken sowie deren Konkretisierung gemäß den einschlägigen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen in Luxemburg (vgl. z.B. Rundschreiben CSSF 07/301, 06/273, 07/290, 08/338 und 09/403) und den deutschen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Diese schreiben eine angemessene interne Kapitalisierung vor.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen unerwarteten Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. Der von der HRE verwendete Maßstab für die Verlustwahrscheinlichkeit ist die mit einem langfristigen Kreditrating (A- bei Standard & Poor's, A/A2 bei Moody's und Fitch) verbundene Ausfallwahrscheinlichkeit. Der auf Basis der Einschätzung von der Ratingagentur Standard & Poor's für die langfristige Ausfallwahrscheinlichkeit von vorrangigen unbesicherten Verpflichtungen mit A- Rating dafür ermittelte Wert beträgt nach den Auswirkungen der Finanzkrise 0,08 %, was eine Reduktion des Konfidenzniveaus auf 99,92 % rechtfertigen würde. Um aber noch konservativer zu sein, als sich aus dem Zielrating ergeben würde, hat die Bank entschieden, das Konfidenzniveau, das bei der Berechnung des öko-

nomischen Kapitals zugrunde gelegt wird, unverändert bei 99,95 % zu belassen.

Die einzelnen, spezifischen Berechnungsmethoden des VaR für die einzelnen Risikoarten sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich – kein ökonomisches Kapital berechnet; das Risiko wird jedoch in Stressszenarien berücksichtigt.

Zur Bewertung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der HRE wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der sogenannten Risikodeckungsmasse, innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS, eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital mit einer Haltedauer von mindestens einem Jahr) sowie das geplante Ergebnis der nächsten zwölf Monate. Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Risikodeckungsmasse muss in jedem Fall größer sein als das ökonomische Kapital.

Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital und ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos) ist das Adressrisiko, auf das 68 % des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfällt.

Bezogen auf das ökonomische Kapital ist die HPBI seit der Übertragung von Positionen auf die FMSW wieder ausreichend kapitalisiert. Somit ist die Risikotragfähigkeit der HPBI seit Oktober 2010 wieder vollumfänglich gegeben.

Die Ergebnisse des Kapitaladäquanzverfahrens und der Stresstests werden dem Senior Management (z.B. Verwaltungsart der HPBI) regelmäßig vorgestellt, das dann gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festlegt.

Im ersten Quartal des Jahres 2010 hat eine signifikante Anpassung der ICAAP-Methodik an die veränderte Geschäftsstrategie der HRE stattgefunden. Hierbei wurden die strategische Neuausrichtung mit deutlich stär-

kerem Fokus auf die Haltedauer von Aktiva bis zur Endfälligkeit, die neue Eigentümerstruktur sowie das veränderte Refinanzierungsprofil in der Modellgestaltung explizit berücksichtigt. Weiterhin hat die im dritten und vierten Quartal durchgeführte vollständige Risikoinventur wiederum einige Änderungen des ICAAP Modells hervorgerufen. Die Beteiligungs- und Immobilienrisiken sind nun, aufgrund des veränderten Portfolios nach der Übertragung von Positionen auf die FMSW, als immateriell eingestuft. Demzufolge finden sie keine Berücksichtigung mehr bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals. Weiterhin wurden die systematischen Risikofaktoren des Kreditportfoliomodells an die neue Portfoliozusammensetzung angepasst. Details zu den methodischen Anpassungen sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ dargestellt.

### 3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten der HPBI

Die HPBI unterscheidet für ihre Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Für alle Risikoarten, außer dem Liquiditätsrisiko, wird ökonomisches Kapital berechnet. Szenarien des Liquiditätsrisikos werden jedoch unter anderem im Rahmen von Stresstests im Zusammenhang mit der Überprüfung der Risikotragfähigkeit auf HRE Konzernebene berücksichtigt.

Wesentliche Risikoarten, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies oder begrenzt werden sind

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken,
- regulatorische Risiken
- Modellrisiken.

#### 3.2.1. Adressrisiken

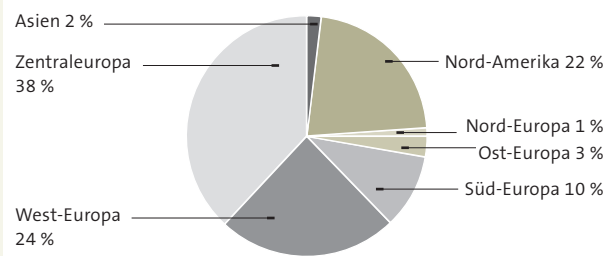
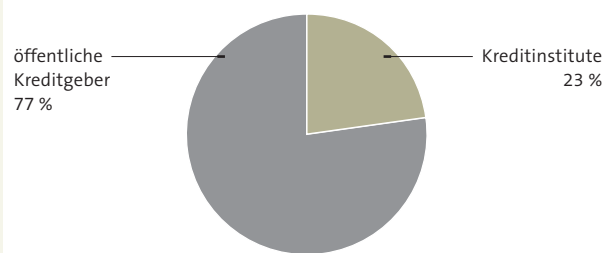
**Definition** Adressrisiko bezeichnet das Risiko des Wertverlustes beziehungsweise den teilweisen oder voll-

ständigen Ausfall einer Forderung, verursacht durch Ausfall oder Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Daneben umfasst das Adressrisiko auch das Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiko, die wie folgt definiert sind:

- Kontrahentenrisiken sind mögliche Wertverluste von nicht erfüllten Geschäften insbesondere Derivaten, welche durch Ausfall des Kontrahenten entstehen. Dabei werden folgende Unterkategorien unterschieden:
  - Abwicklungsrisiko, als das Risiko, dass bei Abwicklung eines Geschäftes der fällige Gegenwert nicht geliefert wird
  - Wiedereindeckungsrisiko als die Gefahr, dass bei Ausfall eines Kontrahenten der Kontrakt zu ungünstigeren Konditionen ersetzt werden muss
  - Barrisiko als Risiko, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar-)Kredite nicht zurückzahlt oder Optionsprämien weiterleitet
- Emittentenrisiken sind Risiken des teilweisen oder vollständigen Verlustes von Forderungen aus Wertpapieranlagen, verursacht durch den Ausfall des Emittenten
- Länderrisiken werden unterschieden in Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie in Ausfallrisiken. Transfer- und Konvertierungsrisiken können durch staatliche Interventionen entstehen, die die Devisenbeschaffung oder den grenzüberschreitenden Kapitaltransfer eines zahlungsfähigen Schuldners begrenzen oder verhindern. Ausfallrisiken können durch den Ausfall bzw. die Bonitätsverschlechterung eines Landes als Schuldner entstehen.

**Kreditportfolio nach Regionen und Branchen** Die Kreditrisiken entfallen fast ausschließlich auf öffentliche Kreditnehmer und Banken in OECD-Mitgliedsstaaten. Die Auslastung sämtlicher Kreditlinien steht für jeden einzelnen Kontrahenten und auch aggregiert online auf Marktwertbasis zur Verfügung.

Die Aufteilung des Kreditportfolios stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

**Aufteilung des Kreditportfolios nach Regionen****Aufteilung des Kreditportfolios gemäß Kreditnehmer****Herkunft und Management von Kontrahentenrisiken**

Kontrahentenrisiken erwachsen der HPBI aus möglichen Wertverlusten zins- und fremdwährungsbezogener Derivate- und Termingeschäfte, die die HPBI überwiegend zur Sicherung von Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung abgeschlossen hat. Als Maßstab für das Kontrahentenrisiko wird konzernweit ein auf der Marktbewertungsmethode basierender Value-at-Risk-Ansatz verwendet, der auf potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten abstellt. Die Kontrahentenrisiken im Derivate-, Wertpapier- und Geldhandelsgeschäft mit Geschäftspartnern außerhalb der Gruppe bestehen mit Kreditinstituten, Zentralbanken und supranationalen Einrichtungen, deren Bonität sowohl nach dem Urteil externer Ratingagenturen als auch gemäß intern verwendeter Ratingverfahren als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen ist. Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kontrahentenrisikos verwendet die Bank Rahmenverträge mit ihren Geschäftspartnern, die es ermöglichen, die vom Rahmenvertrag erfassten Kontrakte zu einer Nettoforderung zu verrechnen, wenn der Kontrahent seinen Verpflichtungen nicht nach-

kommt (Close-Out-Netting). Zur zusätzlichen Risikoreduktion werden ggf. Sicherheitsvereinbarungen abgeschlossen, die zur Kündigung von Transaktionen führen können, falls der Kontrahent einer Aufforderung zur Sicherheitenstellung nicht nachkommt.

**Steuerung von Länderrisiken** Das lokale RMC verantwortet die laufende Überwachung der Länderrisiken; hierzu gibt das RC der HRE Länderlimite vor. In Abhängigkeit von der verfügbaren Risikodeckungsmasse und den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens der HRE werden

- jedem einzelnen Land, und
- Gruppen von Ländern in bestimmten Ratingkorridoren

Limite zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr vom RC der HRE überprüft. Zusätzlich werden die internen Risikoeinschätzungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten Ratingagenturen verglichen.

**Adressrisikoquantifizierung via das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II**

**Kreditportfoliomodell** Die HPBI setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko Value at Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher beschrieben ist.

**Stresstests** Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ näher erörtert.

**Ökonomisches Adressrisikokapital** Der unerwartete Verlust des Kreditportfolios, der Adressrisiko Value at Risk, wird über ein Kreditportfoliomodell für einen Zeitraum von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,95 % im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse der HRE errechnet und beträgt zum 31. Dezember 2010 41 Mio € (31. Dezember 2009: 157 Mio €), ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten. Details zur Berechnung finden sich im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“.

### 3.2.2. Marktrisiko

**Definition** Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der HPBI unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit Spread Risiko
- Zinsänderungsrisiko
- Fremdwährungsrisiko

Marktpreise schwanken aufgrund veränderter Marktrisiko­faktoren (insbesondere Zinsen, Devisenkurse, Volatilitäten). Dabei werden bei allen Banken in der HRE das gesamte Kreditgeschäft, alle eigenen Emissionen, die Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsvorsorgebestandes sowie alle Geschäfte in Derivaten berücksichtigt.

Hierbei wird zwischen allgemeinen und speziellen Zinsrisiken (Spreadrisiken) unterschieden. Erstere messen die möglichen Barwertveränderungen der Positionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve (Swapkurve). Die Messung der Spreadrisiken berücksichtigt mögliche Barwertveränderungen, falls sich die in den Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitätsaufschläge verändern.

#### Marktrisikosteuerung, -überwachung und -messung

Die HRE steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch RMC sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zu Geschäftsführung und Verwaltungsrat.

Das Marktrisiko wird über eine Kombination von VaR-Limiten und Sensitivitäten überwacht. Der Limitierung unterliegen konzernweit nur die Credit Spread Risiken der Handelsbücher sowie der AfS- und Fair Value through Profit & Loss (FVtPL)-Bestände, nicht jedoch die Loans and Receivables (LaR)-Positionen. Nach dem Transfer von Aktiva auf die FMSW ist der Restbestand an Wertpapieren und Schulscheindarlehen bei der HPBI in LaR gebucht.

Zins- und Währungsrisiken werden bei der HPBI, wie in allen Banken in der HRE, schon bei Abschluss der Geschäfte größtenteils abgesichert, und liegen somit nur in geringfügiger Höhe vor.

Credit Spread Risiken sind durch die Vermögensgegenstände im Deckungsstock bedingt, und somit im Rahmen des Geschäftsmodells der HPBI immanent.

Für die tägliche Quantifizierung der Marktrisiken verwendet die HPBI Value-at-Risk-Ansätze. Diese ermitteln einen potenziellen Verlust unter der Annahme einer Haltedauer der Position von zehn Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Der Betrachtungszeitraum für die historischen Daten beträgt 250 Handelstage. Der Value-at-Risk wird täglich vom Risikocontrolling ermittelt und an die Geschäftsleitung, den Verwaltungsrat und die zuständigen Stellen in der HRE berichtet. Das Exposure belief sich für allgemeine Zinsrisiken zum 31. Dezember 2010 auf 3,2 Mio € (2009: 3,4 Mio €); bei den allgemeinen Währungsrisiken auf 0,8 Mio, € (2009: 0,5 Mio €).

Risikomesssysteme für Credit Spreads existieren einheitlich für alle relevanten Positionen der HRE. Durch den Transfer von 3,2 Mrd € an Aktiva zur FMSW ist die entsprechende Value-at-Risk Kennziffer in 2010 abgesunken. Da das Geschäftsmodell der HPBI generell ein Halten bis zur Endfälligkeit (vor allem im Deckungsstock) vorsieht, ist dieser Risikoindikator auch in Zeiten hoher Spreadvolatilität nur begrenzt aussagefähig.

Ergänzt werden die tägliche Ermittlung, die Limitierung und das Reporting des Value-at-Risk und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen durch regelmäßige Stress Tests. Während der Value-at-Risk das Marktrisiko bei „normalen“ Marktschwankungen misst, werden durch die Simulation von Stressszenarien auch die potenziellen Barwertveränderungen bei sehr extremen und außergewöhnlichen Marktbewegungen gemessen, um auch in diesen Fällen den Fortbestand des Unternehmens jederzeit gewährleisten zu können. Auch unter diesen Umständen bewegte sich das gemessene Marktrisiko im Rahmen der „normalen Limite“.

So sieht das CSSF-Rundschreiben 08/338 vom 19. Februar 2008 für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen luxemburgischen Rechts einen halbjährlich durchzuführenden Stresstest vor. Das anzuwendende Zinsszenario entspricht einem Anstieg und einem Rückgang aller Zinssätze um 200 Basispunkte. Für die HPBI beträgt zum 31. Dezember 2010 die potenzielle Barwertänderung für allgemeine Zinsrisiken bei dem genannten Zinsanstieg -13,4 Mio € und bei einem Zinsrückgang 23,6 Mio €.

Weitere Marktrisiken, wie z.B. Aktienrisiken oder Inflationsrisiken, liegen für die HPBI nicht vor.

#### Marktrisikokuantifizierung über ökonomisches Kapital

**Ökonomisches Marktrisikokapital** Für die Berechnung des ökonomischen Marktrisikokapitals, das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der Marktrisiko-VaR sowohl auf einen Einjahreszeitraum als auch auf ein höheres Konfidenzniveau (von 99 % auf 99,95 %) skaliert. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 31. Dezember 2010 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 18 Mio € (31. Dezember 2009: 113 Mio €).

#### 3.2.3. Liquiditätsrisiko

**Definition** Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristengerecht nachkommen zu können.

**Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung** Das lokale RMC identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der HPBI. Die Steuerung des Risikos obliegt der von RMC unabhängigen Einheit Treasury der HPBI.

**Überwachung der Liquiditätsrisiken** Gemäß dem internen Limitsystem muss jederzeit an den jeweils folgenden fünf Tagen der Saldo von voraussichtlich eingehenden und abfließenden Zahlungsströmen und möglichen liquiditätsbeschaffenden Maßnahmen, die so genannte Liquiditätsposition, zumindest ausgeglichen sein. Diese wird täglich unter Berücksichtigung von konservativen Sicherheitsabschlägen („haircuts“) bestimmt, durch RMC überwacht, und an die Geschäftsführung und die

mit der Risikoüberwachung betrauten Konzernstellen berichtet. Diese Vorgaben konnten jedoch an einigen Tagen des Jahres 2010, insbesondere vor Übertragung von Vermögensgegenständen an die FMSW nicht eingehalten werden. Gründe hierfür lagen in der sehr kurzfristigen Refinanzierung mit Overnight-Geschäften über die DEPFA Bank plc, in den Auswirkungen von Umbuchungen zwischen Deckungsstock und Repo-Transaktionen sowie in sehr konservativen Annahmen in Bezug auf die Haircuts von EZB-fähigen Wertpapieren. Seit Mai 2010 ist der Banque Centrale de Luxembourg (BCL) täglich ein Status zur Liquiditätssituation der Bank zu melden; die BCL hatte diesen Standardbericht im Gefolge ihrer Verordnung 2009/No. 4, mittels der einschlägige Vorgaben des Ausschusses der europäischen Bankenaufsicht (CEBS) in lokales Aufsichtsrecht transformiert wurden, implementiert.

Als Reaktion auf die Empfehlungen der CEBS vom September 2008 verschärfte auch die Luxemburger Aufsichtsbehörde – CSSF – ihre Anforderungen an die Liquiditätsteuerung der in Luxemburg ansässigen Kreditinstitute (vgl. Rundschreiben CSSF 09/403). Im Oktober 2010 wurde in der HPBI der bisherige Liquiditätsreport durch ein neues Format ersetzt, das sowohl dem neuen Aufsichtsrecht, als auch den formalen und inhaltlichen Anforderungen der HRE Rechnung trägt. Wichtigste Neuerungen:

- Ergänzung des (Basis)Liquiditätsrisikoberichts (konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen) durch einen Stress Test Report. Die vor dem Übertrag von Positionen an die FMSW definierten Stress-Szenarien werden gegenwärtig überarbeitet,
- Über den Konzernstandard hinaus werden die ersten vier Monate auf Tagesbasis dargestellt,
- Darstellung der Ein- und Auszahlungen auf Bruttostatt auf Nettobasis,
- Aufgliederung der Cash Flows nach für die HPBI typischen Geschäftsarten,
- Nachrichtliche Angabe der über das mit S&P vereinbarte (5 %) bzw. gesetzlich geforderte Ausmaß (2 %) hinausgehenden Überdeckung im Deckungsstock der HPBI jeweils im (Basis)Liquiditätsrisikobericht und Stress Report als „Verteidigungslinie“ im Falle unvorhergesehenen Liquiditätsbedarfs.

Um über die fünf Tage hinaus kurzfristige Refinanzierungsnotwendigkeiten frühzeitig zu erkennen, wird handelsunabhängig eine – im neuen Liquiditätsreport auf 180 Tage ausgeweitete – Liquiditätsvorausschau erstellt, die als Grundlage für die aktive und vorausschauende Liquiditätspolitik dient. Zusätzlich wird täglich ein auf den rollierenden 30-Tage Horizont abgestellter Liquiditätsstatus ermittelt und berichtet, der sämtliche zukünftige Zahlungsflüsse sowie die aus den nicht deckungsgebundenen Wertpapieren hervorgehenden Liquiditätspotentiale umfasst und eine präzise Liquiditätssteuerung ermöglicht.

Für die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung war die HPBI im Jahresverlauf neben Tender/Repo-Transaktionen – indirekt über die DEPFA Bank plc, und die Deutsche Pfandbriefbank AG auf das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin angewiesen. Seit dem Übertrag von Positionen an die FMSW refinanziert sich die HRE unabhängig vom SoFFin.

#### 3.2.4. Operationelles Risiko/Businessrisiko

**Definition** Die HRE definiert das operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Operationelle Risiken sind mit den meisten Geschäftsaktivitäten der HRE verbunden und erstrecken sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Risiken.

#### Organisation des Managements von Operationellen Risiken

Da alle Bereiche der Gruppe von operationellen Risiken betroffen sein können, hat die HRE ein Basel II konformes Rahmenwerk zur einheitlichen Identifizierung und Steuerung dieser Risiken umgesetzt. Das gruppenweit übergreifende Rahmenwerk beinhaltet die Group Policy zum Verständnis sowie zur proaktiven Begegnung mit dieser Risikoart, sowie Rollen und Verantwortlichkeiten bzw. Prozesse und Instrumente.

Im Bereich RMC ist die Abteilung Group Operational Risk für konzernweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung

und Berichterstattung operationeller Risiken in der HRE zuständig. In der HPBI ist RMC federführend verantwortlich; Identifizierung, Analyse und Management liegen in der Verantwortung der einzelnen Bereiche. Operational Risk Vorfälle werden daher dezentral in der Loss Database nach gruppeneinheitlichen Vorgaben erfasst. Hierbei waren seitens der HPBI in 2010 zwei Vorfälle mit einer Schadenshöhe von insgesamt 2.222 € zu berichten.

#### Quantifizierung Operationeller Risiken via das ökonomische Kapital

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt 1 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2 Mio € zum 31. Dezember 2009). Als Folge der im Kapitel „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ beschriebenen methodischen Anpassung der Berechnung des ökonomischen Kapitals sind die Zahlen der beiden Zeitpunkte nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

<b>Ökonomisches Kapital nach Risikoarten</b>			
in Mio €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
Adressrisiko	41	157	-116
Marktrisiko	18	113	-95
Operationelles Risiko	1	2	-1
Geschäftsrisiko	0	1	-1
Risiko des bankeigenen Immobilienbestandes	-	-	-
Risiko des Beteiligungsbestandes	-	-	-
Summe vor Diversifikationseffekten	60	273	-213
Summe nach Diversifikationseffekten	56	254	-198
Risikodeckungsmasse	143	28	+115
Über-/Unterdeckung	+87	-226	+313

### 3.3. Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten beläuft sich das ökonomische Kapital der HPBI auf rund 60 Mio € (31. Dezember 2009: 273 Mio €). Mit deren Berücksichtigung sinkt es auf rund 56 Mio € (31. Dezember 2009: 254 Mio €).

Aufgrund der Übertragung von Vermögenswerten auf die FMSW, der neben anderen alle verbliebenen AfS-Bestände der HPBI umfasste, hat sich das ökonomische Kapital für Adress- und Marktrisiken signifikant reduziert. Die AfS Rücklage hat sich durch den Übertrag an die FMSW von AfS-Beständen und von Vermögenswerten, bei denen in Vorjahren bei der Umwidmung von AfS nach LaR AfS Rücklagen gebildet wurden, stark verbessert. Außerdem rechnet die Bank ab dem 4. Quartal 2010 mit einem höheren Planergebnis für die nächsten 12 Monate. Diese drei Effekte haben zu einem Anstieg der Risikodeckungsmasse um 115 Mio € geführt.

Laut dem aufsichtsrechtlich geforderten ICAAP-Modell, nach dem sich die ökonomische Risikotragfähigkeit der Gesellschaft bestimmt, ergibt sich zum 31. Dezember 2010 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum ein sehr deutlicher ökonomischer Kapitalpuffer von ca. 87 Mio €.

**Methodik der einzelnen Risikoarten** Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und ein

aus dem Zielrating abgeleitetes Konfidenzniveau (hier 99,95 %) berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten erläutert. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als Folge der durchgeführten Risikoinventur seit der Übertragung von Positionen auf die FMSW als immateriell eingestuft und sind aus diesem Grund kein Bestandteil der Berechnung des ökonomischen Kapitals mehr.

**Adressrisiko** Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die HPBI ein Kreditportfoliomodell auf stand-alone-Basis ein, welches dem Ansatz eines sogenannten Asset Value Modells folgt (im Gegensatz dazu wurde per 31. Dezember 2009 das Adressrisiko der HPBI als Beitrag zum Adressrisiko des Konzerns ermittelt). Der wesentlicher Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfälle der Kreditnehmer und einer Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios, Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als Value at Risk Wert ableiten. Dieses beziffert den auf einem Konfidenzniveau von 99,95 % berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben wird. Neben der

Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected Shortfall Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditpotfolios gelegt.

Mit der Anpassung der ICAAP-Methodik an das veränderte Geschäftsmodell werden die Marktschwankungen von Credit Spreads in der IFRS Kategorie AfS fortan im Marktrisiko abgebildet. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden im Kreditportfoliomodell damit nur noch Credit-Spread-Veränderungen, die durch Ratingmigrationen hervorgerufen sind, sowie Kreditausfälle modelliert. Per Jahresende 2009 waren im Adressrisiko zusätzlich die maximalen historisch aufgetretenen Spread-Anstiege innerhalb eines Jahres für die AfS-Positionen berücksichtigt worden. Diese Anpassung verursacht eine Verlagerung des ökonomischen Kapitals von Adressrisiken zu Marktrisiken. Die Hauptgründe für diese Anpassung sind:

- einheitliche Behandlung aller IFRS-Kategorien, die die Risikodeckungsmasse beeinflussen (Held for Trading, Fair Value through P&L, Available for Sale),
- Harmonisierung der Marktrisiko-Definition im ICAAP mit der internen Steuerung,
- pro-zyklisches Verhalten der Marktvolatilitäten anstelle der vormals statischeren historischen Szenarien,
- Anpassung der Abgrenzung zwischen Markt- und Adressrisiko an den branchenüblichen Standard.

Darüber hinaus wurde im vierten Quartal 2010 als Ergebnis der Risikoinventur Transfer- und Konversionsrisiken von Währungen als materiell eingestuft und in die Modellierung des ökonomischen Kapitals für Adressrisiken neu aufgenommen.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken – berechnet aus dem Kreditportfoliomodell – beträgt für ein Konfidenzniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 41 Mio € (31. Dezember 2009: 167 Mio €). Der Rückgang um 116 Mio € ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen.

- Das Kapital für Adressrisiken verringert sich aufgrund des bereits beschriebenen Methodenwechsels, ausgeglichen durch einen Anstieg des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken in etwa gleicher Höhe.
- Die Übertragung von nicht strategienotwendigen - und in manchen Fällen risikobehafteten - Vermögensgegenständen und Derivaten in die FMSW. Diese umfassten – unter anderem – den Gesamtbestand der HPBI an italienischen Staatsanleihen, den Großteil des Exposures gegenüber Banken, und rund die Hälfte des Volumens an US Student Loans.
- Diesem Rückgang wirkte - allerdings in sehr begrenztem Umfang – der o.g. Methodenwechsel (von Anteil vom HRE Kreditrisiko zum stand-alone-Ansatz) Ende 2010 entgegen.

**Marktrisiko** In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken geht der für die Marktrisikosteuerung verwendete VaR ergänzt um die VaR-Werte für die Eigenmittelbücher ein. Um dem höheren Konfidenzniveau sowie dem Einjahreszeitraum des Kapitaladäquanzverfahrens Rechnung zu tragen, wird der Marktrisiko-VaR entsprechend skaliert.

Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 31. Dezember 2010 bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 18 Mio € (31. Dezember 2009: 113 Mio €). Der insgesamt deutliche Rückgang des Marktrisikokapitals ist im Wesentlichen auf die folgenden gegenläufigen Komponenten zurückzuführen:

- Die Verlagerung der Credit-Spread-Risiken der AfS-Positionen vom ökonomischen Adressrisiko- zum Marktrisikokapital, die mit der ICAAP Methodenänderung im März 2010 eingeführt wurde, führte zunächst zu einem Anstieg, der jedoch durch das niedrigere Exposure auf das durch zwischenzeitliche Tilgungen abgeschmolzene Portfolio überkompensiert wurde.
- Das Marktrisiko erhöhte sich jedoch wieder in Q2 und Q3 aufgrund des Volatilitätsanstiegs der Credit Spreads einiger europäischer Länder, die derzeit im Fokus stehen.
- Überkompensiert wurde die Erhöhung des Marktrisikos durch die Übertragung von Vermögenswerten auf die FMSW; das Risiko ging signifikant zurück.

- Die Errechnung des VaR für Zins- und Währungsrisiken auf Basis konstanter (d.h. Einstands-) – anstelle aktueller – Credit Spreads führte ebenfalls zu einem deutlichen Rückgang des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken.

**Operationelles Risiko** In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken geht das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II ein. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf entsprechend dem höheren Konfidenzniveau (von 99,9 % auf 99,95 %) skaliert. Weiterhin wird in Teilbereichen der Gruppe ein ökonomischer Mindestkapitalbedarf für operationelle Risiken vorgehalten. Dieser Puffer gleicht mögliche Modellschwächen des Standardansatzes aus.

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken beträgt 1 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2 Mio € zum 31.12.2009). Als Folge der methodischen Anpassung des ICAAP sind die Zahlen der beiden Zeitpunkte nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Bis Jahresende 2009 wurde ein fester Prozentsatz auf das Ziel-Eigenkapital angewendet, jetzt erfolgte eine Harmonisierung mit dem Standardansatz zur Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung.

**Geschäftsrisiko** Die Berechnung des Risikokapitals für das Geschäftsrisiko wurde im Rahmen der Einführung des neuen ICAAP Modells weitestgehend überarbeitet. Das ökonomische Kapital errechnet sich nun aus den folgenden zwei Komponenten:

1. Ausbleibende Erträge für das Neugeschäft
2. Gestiegene Finanzierungskosten

**1. Ausbleibende Erträge für das Neugeschäft** Die Risikodeckungsmasse beinhaltet Planzahlen für den Zins- und Provisionsüberschuss der jeweils kommenden vier Quartale. Die Ermittlung des ökonomischen Geschäftsrisiko-Kapitals basiert auf der Annahme, dass im kommenden Jahr keinerlei Neugeschäft für die HPBI generiert wird. Daraus resultierend ergibt sich das Risikokapital als der Anteil an den Planzahlen für Zins- und Provisionsüberschuss, der auf das Neugeschäft entfällt.

**2. Gestiegene Finanzierungskosten** Erhöhte Finanzierungskosten können aus den folgenden zwei Ursachen resultieren:

- Gestiegener Finanzierungsbedarf,
- Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes.

Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird monatlich im Stress-Szenario „Further Decline“ der gestiegene Finanzierungsbedarf bei Eintritt bestimmter Marktereignisse simuliert. Für den unbesicherten Refinanzierungssatz wird ein Anstieg auf das am Markt beobachtete historische Maximum von Credit Spreads desbankeigenen Ratings simuliert. Aus Vorsichtsgründen wird unterstellt, dass beide Ereignisse simultan eintreten.

Da für die HPBI kein Neugeschäft geplant wird, ist die erstgenannte Komponente 0 per 31. Dezember 2010. Aufgrund der sehr komfortablen Refinanzierungslage nach dem Spin-off der FMSW ergibt sich im Stress-Szenario „Further Decline“ ein (positiver) Liquiditätspuffer für die nächsten zwölf Monate; daher ist die zweite Komponente ebenfalls 0.

Als Folge der methodischen Anpassung sind die Zahlen des Geschäftsrisiko-Kapitals per 31. Dezember 2010 und Jahresende 2009 nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Vormals wurde der Wert auf Basis der operativen Kosten ermittelt.

**Liquiditätsrisiko** Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich und auch nicht branchenüblich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Verteuerung der Refinanzierungskosten sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

**Stresstests** Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber den Risikoparametern, welche den Modellen zugrunde liegen, zu entwickeln. Die HPBI führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes ökonomisches Kapitalmanagement für folgende Einzelkategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Kontrahenten, gemessen am ökonomischen Kapital,
- Stresstests der Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten (Herabsetzung um eine Ratingstufe),
- Stresstests bezüglich der Sicherheiten (Loss-Given-Default-Werte (LGDs) steigen jeweils um 10 %-Punkte an / Mindest-LGDs bei 40 % angenommen),
- Operationelles Risiko verwirklicht sich als Verlust.

#### 4. Prognosebericht

##### 4.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2011 wird weltweit im Wesentlichen mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung nach dem Krisenjahr 2009 gerechnet, wobei die Wachstumsraten gegenüber 2010 wieder etwas niedriger eingeschätzt werden. Ein ganz zentraler Aspekt der Prognosen ist jedoch, dass die Länderunterschiede – gerade auch innerhalb der Eurozone – sehr stark ausgeprägt sind. Für Irland, Portugal und – mit -3,9 % besonders prägnant – Griechenland wird sogar eine weitere Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität erwartet. Nicht zuletzt die in diesen Ländern unausweichlichen Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte und das daraus resultierende Fehlen fiskalischer Handlungsspielräume tragen zu diesen divergierenden Entwicklungen bei.

So ist die weitere Entwicklung auf den Märkten für Staatspapiere ein sehr wichtiger Unsicherheitsfaktor vor allem auf der Ebene einzelner Länder. Obgleich bislang die Auktionen neuer Staatsschulden auch in den Staaten im Fokus dank des im Lagebericht erwähnten Rettungsschirms erfolgreich waren, sind Zinserhöhungsrisiken, die die fiskalische Schieflage weiter verstärken könnten, für die Staatshaushalte nicht unerheblich.

Diese Risiken werden dadurch vergrößert, dass die expansiven Geld- und Fiskalpolitik der jüngsten Vergangenheit durchaus das Potential für ein Anziehen der Inflationsrate mit sich bringen. Darauf dürften die Zentralbanken – gerade auch die Europäische Zentralbank (EZB) – über kurz oder lang mit einem Anheben der Zinsen reagieren. So wird vielfach erwartet, dass 2011 den Wendepunkt zu einer Periode wieder ansteigender Zinsen markieren wird. Erfahrungsgemäß werden die Zinsschritte aber eher verhalten ausfallen, zumal angesichts einer gerade wieder erstarkten Konjunktur kaum irgendwo von voll ausgelasteten Kapazitäten auf der makroökonomischen Ebene und

einem damit verbundenen Preisdruck die Rede sein kann. Auf den Gütermärkten droht denn auch vor allem von einigen Rohstoffmärkten eine gewisse Inflationsgefahr. Die eingangs des Prognoseberichts erwähnten internationalen Wachstumsunterschiede könnten es für die EZB schwierig machen, eine für die Eurozone einheitliche Geldpolitik zu formulieren.

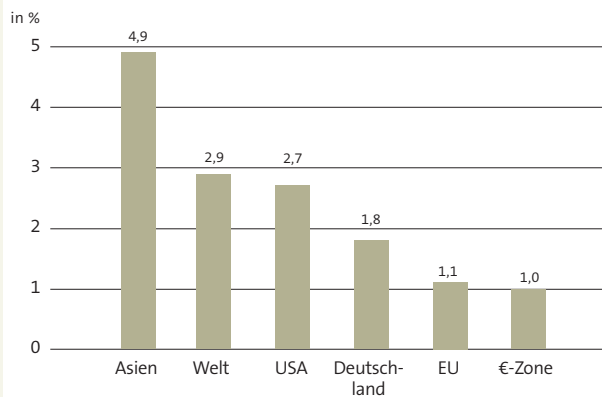
Gerade in Deutschland ist angesichts der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation mit wieder etwas offensiveren Lohnabschlüssen zu rechnen. Allerdings dürften hier die Ende April 2011 wegfallenden Beschränkungen der Arbeitnehmer- und – fast wichtiger noch – Dienstleistungsfreizügigkeit zwischen Deutschland und acht osteuropäischen Volkswirtschaften – darunter Polen, Tschechien und Ungarn – zumindest in einigen Segmenten eine wenn auch quantitativ begrenzte Gegenkraft entfalten. Bei der Beurteilung von Inflationsrisiken darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass in Deutschland – wie auch in vielen anderen Ländern – trotz der Erholung 2010 das Vorkrisenniveau der wirtschaftlichen Aktivität noch nicht wieder erreicht ist und damit die Inflationsgefahren für die unmittelbare Zukunft begrenzt sind.

Von fiskalischer Seite sind im Jahr 2011 in den meisten Ländern keine weitergehenden Impulse mehr zu erwarten. Während die schon beschriebene prekäre fiskalische Situation in einigen Ländern dafür sorgen wird, dass von der staatlichen Nachfrage eher negative Impulse ausgehen, laufen auch in fiskalisch solider aufgestellten Ländern die konjunkturellen Stützungsmaßnahmen aus.

Eine der Hauptgefahren für die wirtschaftliche Entwicklung geht von der weiteren Entwicklung der sogenannten „Eurokrise“ aus. Deren Kern ist zwar nicht – wie sonst bei Währungskrisen – eine verfehlte Geldpolitik, sondern vielmehr fiskalische Probleme in einigen Mitgliedsstaaten der Eurozone. Dennoch kann sich die im ersten Halbjahr 2010 gemachte Erfahrung, dass schon nur die Gefahr einer staatlichen Zahlungsunfähigkeit – nota bene trotz des Rettungsschirms – zu einer massiven Abwertung durch ein Umschichten von Anlagen in andere Währungen führt, durchaus wiederholen. Hier wird viel davon abhängen, wie effektiv, glaubwürdig und letztlich nachhaltig die notwendigen Konsolidierungen der Staatshaushalte vorangetrieben werden können.

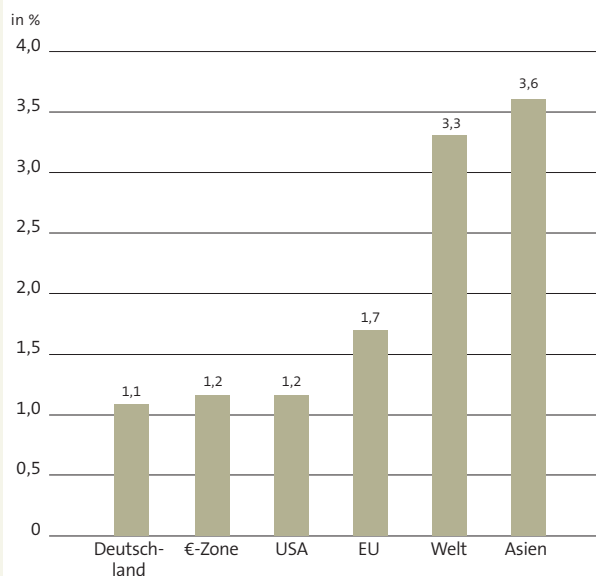
Auf den Arbeitsmärkten der meisten wichtigen Volkswirtschaften wird von einer wenn auch zumeist sehr leichten Erholung ausgegangen. Während sich in Deutschland – begünstigt durch die demographische Entwicklung, aber auch aufgrund eines starken Anstiegs „atypischer Beschäftigungsverhältnisse“ – die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf voraussichtlich weiter nach unten auf 6,3 % bewegen wird, wird die Arbeitslosenquote in den USA nur wenig auf 9,5 % sinken. Von einem auch wieder arbeitsmarktwirksamen Aufschwung mit einer entsprechend positiven Auswirkung auf die private Konsumnachfrage kann in den USA daher für das Jahr 2011 nicht ausgegangen werden.

#### Prognose für Reales BIP-Wachstum 2011



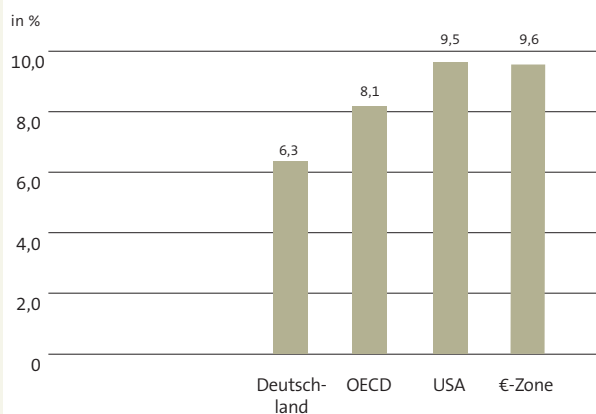
Quelle: EIU, Abfrage über Datastream

#### Prognose für Konsumentenpreis-inflation 2011



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream

#### Prognose für Arbeitslosenquoten 2011



Quelle: OECD Economic Outlook, No. 88, Nov. 2010

#### 4.2. Branchenspezifische Bedingungen

**Gesamtsituation der Bankenbranche** Im Jahr 2011 stehen unverändert große Herausforderungen für die Bankbranche an. Diese hängen in ihrer Tragweite aber im Wesentlichen davon ab, wie sich zum einen die weitere konjunkturelle Entwicklung ergibt, und zum anderen, inwieweit sich die Geld-, Kapital- und Währungsmärkte beruhigen beziehungsweise normalisieren. Viele der Probleme aus dem vergangenen Jahr, werden auch im Jahr 2011 noch nicht für alle Banken gelöst sein. Dies sind beispielsweise ein hohes Volumen von Krediten, die zur Refinanzierung anstehen und deren Parameter aber noch nicht wieder das Niveau zum Zeitpunkt der Ausreichung erreicht haben. Gerade die noch nicht erholten Immobilienmärkte und andere risikobehaftete Vermögenswerte könnten zu weiteren Belastungen in diesem Segment führen. Banken werden mit intensiveren Restrukturierungsbemühungen darauf reagieren. Sollten sich die Ratings der Staaten im Fokus nicht verbessern, werden für solche Anleihen in den Bankenportfolios weiterhin zusätzliche Sicherheiten zu stellen sein. Im Rahmen der Finanzkrise gewährte Staatshilfen werden zur Rückzahlung anstehen. Die Reprivatisierungsbemühungen teilweise oder ganz staatlicher Institute werden ebenfalls 2011 besonders in Europa forciert werden. Die neuen Basel-III Vorschriften sorgen dafür dass die gesamte Branche sich mit Strategien zur Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital befassen wird.

#### Staatsfinanzierung / Finanzierung des öffentlichen Sektors

Generell vollzieht sich am Public-Finance-Markt derzeit eine Neuordnung. Diese Marktkorrektur wird in den nächsten zwei bis drei Jahren stattfinden. Im Jahr 2010 führte das zunehmende Interesse von Banken an risikoarmen Kreditgeschäften zu einem Angebotsanstieg im Bereich der öffentlichen Finanzierung. Der Rückzug einzelner Anbieter wird teilweise durch Markteintritte lokaler Banken überkompensiert. In den strategischen Kernmärkten der Deutsche Pfandbriefbank AG, wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, haben lokale und regionale Kreditinstitute die Hauptrolle im Finanzierungsmarkt des öffentlichen Sektors übernommen. Mögliche Perspektiven für diese Kernmärkte basieren auf dem geplanten Anstieg der Bruttoneuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren, was trotz paralleler Konsolidierungsanstrengungen positiv beurteilt wird.

In Deutschland haben sich die Margen auf einem weiterhin niedrigen Niveau stabilisiert. Insgesamt ist jedoch mehr Bewegung in die Margengestaltung gekommen. Dieser Trend dürfte mit Blick auf die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit der Finanzsituation deutscher Städte und Kommunen anhalten und zu größerer Differenzierung führen. In Frankreich werden die Margen durch die verstärkten Aktivitäten der französischen Sparkassen im Public-Sector-Finance-Geschäft gedrückt. Andererseits gibt es deutliche Zeichen für höhere Margen von weiteren Wettbewerbern (insbesondere Dexia und Société Générale), so dass insgesamt eine leichte Erholung der Margen zu erwarten ist. In Spanien wird die Nachfrage durch ein im Jahr 2010 auferlegtes Schuldenneuaufnahmeverbot für spanische Kommunen beschränkt sein, was die Positionierung anderer Marktteilnehmer in andere Marktsegmente positiv beeinflussen dürfte. Solange man von dem Szenario eines Zahlungsausfalls des Zentralstaats abtrahiert, bleiben die Margen im Direktgeschäft mit den besseren spanischen Regionen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen gemessen an deren Fundamentaldaten sehr attraktiv. Da der Höhepunkt notwendiger Anschlussfinanzierungen für Spanien noch bevorsteht, wird von einem insgesamt weiterhin im historischen Vergleich hohen Margenniveau ausgegangen. In Italien erlaubt die Streichung gesetzlicher Höchstzinsen für Kommunen und Regionen, ebenfalls die Durchsetzung deutlich höherer Margen. Insgesamt wird sich im Jahr 2011 zeigen, in wie weit die Staaten im besonderen Fokus ihre Konsolidierungsbemühungen vorantreiben und dies die Kapitalmärkte, durch höhere Kurse von Staatsanleihen dieser Länder, honorieren werden. Je mehr Fortschritte hier erzielt werden, desto mehr werden Banken mit großen Staatsfinanzierungsportfolios entlastet.

**Refinanzierungsmärkte** Das Jahr 2010 stand – wie schon 2009 – im Einfluss der Finanzkrise. Während global gesehen die Zentralbanken der G7-Staaten mit Ausnahme Kanadas die Hauptrefinanzierungssätze unverändert auf historisch tiefen Niveaus gehalten haben beeinflussten verschiedene Stimulationsprogramme (z.B. QE2 in den USA) die gesamtwirtschaftliche Entwicklung positiv.

Vor allem im 2. und 3. Quartal sorgten die Refinanzierungsschwierigkeiten Griechenlands und

Irlands nicht nur für stark ausgeweitete Spreads gegenüber deutschen Staatsanleihen, sondern auch dafür, dass der Euro-10-Jahres Swapsatz bei 2,4 % ein Rekordtief verzeichnet hat.

Das 4. Quartal 2010 brachte allerdings deutliche Zinssteigerungen, vor allem am langen Ende der Zinsstrukturkurve, die ihre Ursache in erster Linie in aufkeimenden Inflationsbefürchtungen hatte, so dass der Euro-10-Jahres Swapsatz bis zum Jahresende wieder auf 3.28 % anstieg.

Im Jahr 2011 werden voraussichtlich drei Fragestellungen die Zinsentwicklung beeinflussen:

- Gelingt es, das Vertrauen in den Euro wieder herzustellen und die Refinanzierung aller EURO-Staaten zu sichern?
- Ist der Preisanstieg im Rohstoff- und Agrarbereich so anhaltend, dass er zusammen mit dem stabilen Wirtschaftswachstum vor allem in den BRIC-Staaten zu erhöhten Inflationserwartungen führt und zumindest einige Zentralbanken zu ersten Leitzinserhöhungen motiviert?
- Reicht die bisher in den U.S.A. gewährte fiskalpolitische Unterstützung aus, um soviel Wachstum zu generieren, dass sich auch der Arbeitsmarkt stabilisiert?

Vor diesem Hintergrund ist ein weiterer Zinsanstieg in verschiedenen Laufzeitenbändern vorstellbar.

Die Refinanzierungsmärkte waren im Januar 2011 von sehr hoher Aktivität bei Covered Bonds und Agencies gekennzeichnet. Die Emissionen konnten trotz hoher Volumina platziert werden, mussten allerdings erhöhte Margenaufschläge in Kauf nehmen. Die Refinanzierungsmärkte 2011 werden weiterhin im Zeichen der Bewältigung der „Staats-Krisen“ stehen. Der für uns wichtige Benchmark-Pfandbriefmarkt wird vermutlich von deutlich höheren Fälligkeiten als Neuemissionen gekennzeichnet sein, was zu einer Entlastung bei den notwendigen Aufschlägen führen könnte. Selektiv dürfen sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Wie sich die Risikoaufschläge im Markt für Bankemissionen entwickeln, ist vor den aktuell zu verzeichnenden Volatilitäten schwer abzu-

schätzen. Insgesamt können auch weiterhin längerfristige Problemphasen für einzelne Teilmärkte oder für den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

### 4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

#### 4.3.1. Konzernspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht geschätzter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

**Bestandsgefährdende Risiken** Obwohl seit Herbst 2008 große Fortschritte bei der Stabilisierung und Restrukturierung der HRE erzielt wurden, waren die Unternehmen der HRE im gesamten Jahr 2010 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet. Der Fortbestand der HRE Holding und ihrer Tochtergesellschaften hängt davon ab, dass die Europäische Kommission die vom Finanzmarktstabilisierungsfonds durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt. Weiterhin ist erforderlich, dass die Genehmigung durch die Europäische Kommission nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind und insbesondere die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Unterstützungsmaßnahmen herbeigeführten Eigenmittelhilfen nicht gefährden. Der Vorstand der HRE hat eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einer unabhängigen Würdigung der Fortführungsprognose betraut. Diese kommt in ihrem erstellten Gutachten im Ergebnis zu der Einschätzung, dass sie die Fortführung der HRE Holding und ihrer Tochtergesellschaften im Betrachtungszeitraum bis zum 30. September 2012 für überwiegend wahrscheinlich hält. Weiterhin bestätigt das von Vorstand und Aufsichtsrat bei einer renommierten Investmentbank in Auftrag gegebene Gutachten die Tragfähigkeit des verabschiedeten Geschäftsmodells. Mit Datum vom 28. März 2009 hat der SoFFin der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung

und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der SoFFin die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Die Unterstützungsmaßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass die beihilferechtlichen Anforderungen der Europäischen Kommission erfüllt werden. Der positive Abschluss dieses Verfahrens wird im ersten Halbjahr 2011 erwartet.

**Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage** Die HRE hat das Jahr 2010 mit einem Verlust abgeschlossen. Allerdings war das Ergebnis weniger negativ als im Vorjahr. Darüber hinaus hat sich die wirtschaftliche Lage der HRE durch den Übertrag der Positionen auf die FMSW deutlich verbessert. Die Veränderung machte sich bereits im vierten Quartal 2010 bemerkbar, in dem die HRE ein positives Ergebnis vor Steuern erzielen konnte. Für das Jahr 2011 erwartet der Vorstand aus heutiger Sicht profitabel zu sein und grundsätzlich ein leicht positives Ergebnis; dieses erwartete Ergebnis des Jahres 2011 kann jedoch noch durch eine mögliche einmalige Zahlungsaufgabe für die gewährten Stabilisierungsmaßnahmen gegen die HRE von bis zu 1,59 Mrd € belastet sein. Für das Jahr 2012 werden eine Ergebnissteigerung gegenüber dem Jahr 2011 und entsprechend ebenfalls ein leicht positives Ergebnis erwartet. Das Neugeschäft soll im Jahr 2011 das Volumen von 6,5 Mrd € überschreiten. Für das Jahr 2012 wird mit einer moderaten Steigerung des Neugeschäftsvolumens gegenüber dem Jahr 2011 geplant. Trotz der Übertragung von Positionen auf die FMSW war die Bilanzsumme der HRE Ende 2010 nicht signifikant niedriger als am Vorjahresende, da die reduzierenden Effekte durch Gegeneffekte im Zusammenhang mit der FMSW wie dem Durchleiten von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten teilweise kompensiert wurden. Der Umfang dieser Gegeneffekte wird jedoch zukünftig voraussichtlich abnehmen. So werden Teile der Vermögenswerte, deren Chancen und Risiken bisher synthetisch übertragen wurden, physisch übertragen werden. Bei einigen Instrumenten werden

Schuldnerwechsel (Novationen) durchgeführt. Zudem wird sich die FMSW verstärkt selbständig refinanzieren und somit die HRE nicht mehr zur Durchleitung von Mitteln benötigen. Insgesamt wird daher für das Jahr 2011 ein wesentlicher Rückgang der Bilanzsumme erwartet. Für das Jahr 2012 wird ebenfalls eine Reduzierung der Bilanzsumme geplant, allerdings wird der Rückgang geringer ausfallen als im Jahr 2011. Der jeweilige Umfang der Reduzierung der Bilanzsumme ist jedoch noch mit Unsicherheiten behaftet und liegt nicht ausschließlich im Einflussbereich der HRE.

**Chancen** Die im vierten Quartal 2010 bereits eingetretenen und die erwarteten Entwicklungen der Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage verdeutlichen das Potenzial der HRE. Nach der Übertragung von Positionen auf die FMSW sind die verbleibenden Vermögenswerte überwiegend fristenkongruent refinanziert. Diese Chancen sind insbesondere:

- Die HRE kann sich durch den Übertrag der Positionen auf die FMSW auf strategiekonforme Finanzierungen des öffentlichen Sektors und gewerbliche Immobilienfinanzierungen in ausgewählten Zielmärkten konzentrieren und somit ihre Kräfte bündeln. Darüber hinaus können Synergiemöglichkeiten zwischen den beiden Segmenten genutzt werden.
- Im Bereich der Finanzierungen des öffentlichen Sektors sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt oder haben sich aus dem Markt zurückgezogen. Auch im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung haben Wettbewerber den Markt verlassen oder sind ernsthaft geschwächt. Zudem ist die Kreditvergabe allgemein restriktiver geworden. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von großvolumigen Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die HRE aufgrund ihrer speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, deren Expertise am Markt anerkannt ist und die auf bestehenden Kundenbeziehungen aufbauen kann. Die Erfahrung der HRE im Pfandbriefgeschäft wird darüber hinaus ein Vorteil sein. Die HRE wird vor diesem Hintergrund im Jahr 2011 und den Folgejahren Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbriefeffähigen Anschlussfinanzierungen und auf neu akquirierten

Geschäften in den Bereichen Public Sector Finance und Real Estate Finance liegen.

- Die Risiken der HRE haben sich nach dem Übertrag der Positionen auf die FMSW signifikant reduziert. Dadurch wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE sehr viel weniger durch Volatilitäten beeinträchtigt sein. Zum Beispiel wird die Gewinn- und Verlustrechnung in sehr viel geringerem Umfang von Schwankungen der Credit Spreads abhängen. Marktvolatilitäten werden darüber hinaus die Refinanzierungsposition der HRE deutlich weniger beeinflussen. Da ferner Fristeninkongruenzen in der Refinanzierung weitgehend eliminiert wurden, sind Liquiditätslücken sehr viel unwahrscheinlicher geworden.
- Die HRE wird die Refinanzierung des Neugeschäfts und des bestehenden Portfolios auf Pfandbriefe stützen. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind Pfandbriefe weniger von Marktverwerfungen betroffen. Die HRE greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück.

**Risiken** Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage nicht auszuschließen. Die Höhe dieser möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Die erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen und die Einrichtung der FMSW werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfeverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der HRE. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten beziehungsweise die Rückzahlung anzuordnen. Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz-

und Erfolgslage kann erheblich von der abschließenden Entscheidung der Europäischen Kommission beeinträchtigt werden.

- Am 15. Februar 2011 hat ein von der Bundesregierung eingesetzter Expertenrat ein Gutachten zur Entwicklung von Ausstiegsstrategien aus krisenbedingten Beteiligungen des Bundes an Unternehmen des Finanzsektors an den Bundesfinanzminister übergeben. Der Expertenrat empfiehlt – in Kenntnis der für die HRE und der für den SoFFin erstellten Gutachten und nach eingehender Befassung mit diesen – der Bundesregierung, unter Abwägung der für eine erfolgreiche Privatisierung bestehenden Chancen und Risiken und unter Berücksichtigung der möglichen Wirkungen ihrer Entscheidung für die marktwirtschaftlich-wettbewerbliche Ordnung die Ausstiegsoption einer Abwicklung der gesamten HRE – unter Einschluss des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank – sehr ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Bundesregierung nimmt das Gutachten als einen wichtigen Beitrag zu ihrer Meinungsbildung mit Interesse zur Kenntnis. Sie teilt dabei nicht alle Einschätzungen des Expertenrates, insbesondere im Hinblick auf die Folgen einer Abwicklung von Instituten auf die Finanzmarktstabilität. Eine andere Auffassung der Bundesregierung würde die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE erheblich beeinflussen.
- Im Rahmen der Übertragung der Positionen der HRE auf die FMSW behält sich die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) vor, für die Stabilisierungsmaßnahme eine Zahlungsaufgabe nach § 8 a Abs. 4 Nr. 8 FMStFG gegen die HRE zur Zahlung an die FMSW festzusetzen, deren Betrag 1,59 Mrd € nicht übersteigen darf. Die Zahlungsaufgabe kann auch in mehreren Bescheiden festgesetzt werden. Die Höhe der Zahlungsaufgabe ist jedoch so festzusetzen, dass durch Festlegung der Auflage die regulatorische Kernkapitalquote der Bankeinheiten in der HRE zum 31. März 2011 jeweils 15 % nicht unterschreitet. Darüber hinaus darf die Festlegung der Zahlungsaufgabe nicht dazu führen, dass
  - die Gruppe beziehungsweise deren Muttergesellschaften insolvent werden, illiquide werden oder eine negative Fortführungsprognose eintritt,
  - Gegen geltende aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten, Großkreditgrenzen oder sonstige gesetzliche

- oder regulatorische Anforderungen verletzen,
- Ihr Rating unter Investment Grade fällt, oder
- der Kaufpreis unter Berücksichtigung der Zahlungsaufgabe unter den Marktwert der übertragenen Positionen fällt.

Eine mögliche Zahlungsverpflichtung kann die Erfolgslage der HRE signifikant beeinträchtigen.

- Obwohl teilweise etwas verbessert, ist die Situation auf einigen Märkten weiterhin angespannt und die gesamtwirtschaftliche Lage unsicher. Als Folge sind signifikante Wertberichtigungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Diese könnten aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den gewerblichen Immobilienmärkten vor allem Immobilienfinanzierungen betreffen.
- Durch hohe fiskalische Defizite ist für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert oder nur noch mit externer Hilfe möglich. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten, wie zum Beispiel die Länder im Fokus, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können. In einem solchen Fall können in erheblichem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere oder Kredite notwendig werden, was vor allem das Finanzanlageergebnis und die Kreditrisikoversorge belasten würde.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der HRE haben in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der HRE gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen. Dadurch könnte die HRE ihre Neugeschäftsziele für die Kreditvergabe und die Refinanzierung verfehlen, was sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage auswirken würde.
- Aus der Neuausrichtung der HRE und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und Prozesse werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE erheblich beeinträchtigen.
- Die HRE ist operationellen Risiken aus ihrer Restrukturierung wie zum Beispiel der Abhängigkeit von

Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme und einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern ausgesetzt. Die Risiken können auch für die von der HRE übernommenen Dienstleistungsverpflichtungen für den laufenden Betrieb der FMSW schlagend werden. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

- Im September 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Empfehlungen beschlossen, die auch als Basel III bezeichnet werden. Darunter fällt unter anderem eine Verschärfung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung durch Anhebung der Mindestkapitalquoten. Darüber hinaus wurde mit der sogenannten Leverage Ratio eine neue, vom Risikogewicht der Vermögenswerte unabhängige Eigenkapitalquote eingeführt. Des Weiteren werden neue Messgrößen für die Liquiditätsausstattung eingeführt. Für die HRE werden die überarbeiteten Vorschriften einen höheren Bedarf an Eigenkapital und Liquidität bedeuten sowie die Rentabilität belasten. Weitere Verschärfungen der Regeln und zusätzliche Abgaben würden diesen Effekt noch verstärken.
- Zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen haben Gesetzgeber zusätzliche Abgaben und Steuern beschlossen. Weitere Maßnahmen werden derzeit diskutiert. Aus den gesetzlichen Neuerungen können Belastungen auf die Erfolgslage resultieren.

#### 4.3.2. Unternehmensspezifische Lage

Die HPBI ist ein gut kapitalisierter und operativ rentabler Staatsfinanzierer, der bislang in das Geschäftsmodell der HRE eingebunden war. Augenblicklich ist die HPBI als 100 %-ige Tochter der DEPFA Gruppe Teil des Berichtssegments „Value-Portfolio“, dessen Fokus auf Verwaltung und wertschonendem Abbau der Bestände liegt. Im Rahmen dieser Strategie könnten bei der HPBI insbesondere die folgenden Transaktionen verbunden sein:

- Restrukturierungen bestehender Kredite zur Werterhaltung oder Wertsteigerung.
- Geschäfte im Rahmen des Liquiditätsmanagements,
- Asset Swaps im Rahmen der Risikostrategie,
- Verkauf von Kreditportfolien,
- Geschäfte, die für die Steuerung des Deckungsstockes notwendig sind (Lettres de Gage),
- Derivategeschäfte, die der Steuerung von Zins-, Wäh-

rungs- und Kreditrisiken des Value Portfolios dienen,

- Alle Geschäfte, die erforderlich sind, um rechtliche, regulatorische oder andere Erfordernisse der HPBI einschließlich von Überbesicherungsanforderungen im Deckungsstock zu erfüllen.

Der im Dezember 2008 vorgelegte Restrukturierungsplan der HRE konzentrierte sich im Kern auf die weitgehend umgesetzte Vereinfachung der Konzernstruktur und eine Konzentration auf deckungsfähiges Geschäft. Auch nach den großen Fortschritten bei der Stabilisierung und der Restrukturierung der HRE insbesondere nach der erfolgreichen Auslagerung von Vermögensteilen an die FMSW am 1. Oktober 2010 wird die HPBI ihre Strategie in Übereinstimmung mit der Strategie der HRE unverändert weiter verfolgen. Der daraus möglicherweise entstehende jeweilige Umfang der Reduzierung der Bilanzsumme ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet und liegt nicht ausschließlich im Einflussbereich der HPBI. Mit dieser Strategie soll auch die bereits begonnene Erarbeitung einer möglichen strategischen Zukunft für die HPBI erleichtert werden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die HPBI in 2011 und 2012 eng in die neue IT-Zielstruktur der HRE einzubinden.

Augenblicklich ist die HPBI durch die materielle konzerninterne Refinanzierung und den Auslauf der Garantie der DEPFA Bank plc von der Entwicklung der HRE abhängig. Auch im Geschäftsjahr 2011 wird bis aus Weiteres der überwiegende Teil der notwendigen unbesicherten Refinanzierung über die DEPFA erfolgen.

Die Seitens der Bundesrepublik Deutschland - über den SoFFin – dem HRE-Konzern zugeflossenen Stabilisierungsmaßnahmen sind Gegenstand eines laufenden Beihilfeverfahrens bei der Europäischen Kommission. Der Abschluss dieses Verfahrens wird bis Mitte dieses Jahres erwartet. Es ist zu davon auszugehen, dass die Europäische Kommission erhebliche Auflagen gegen die HRE verhängen wird. Ein Ergebnis des Beihilfeverfahrens könnte auch darin bestehen, dass die DEPFA Gruppe als Ganzes oder die HPBI separat in den nächsten Jahren und abhängig von Anforderungen des SoFFin und der Europäischen Kommission privatisiert werden.

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

ist durch die oben für den Konzern und die HPBI dargestellten Risiken bzw. Chancen erschwert:

- Für das Jahr 2011 erwartet der Verwaltungsrat aber aus heutiger Sicht auch bei fortgesetztem Verzicht auf Neugeschäft operativ weiterhin profitabel zu sein und daher grundsätzlich ein leicht positives Ergebnis.
- Dieses erwartete Ergebnis des Jahres 2011 kann jedoch noch durch eine mögliche einmalige Zahlungsaufgabe für die gewährten Stabilisierungsmaßnahmen belastet sein; es würde sich dabei um eine anteilige interne Weiterbelastung aus dem auf 1,59 Mrd € begrenztem Betrag handeln, der der HRE auferlegt werden könnten. Eine mögliche Zahlungsverpflichtung kann die Erfolgslage der HPBI signifikant beeinträchtigen.
- Durch hohe fiskalische Defizite ist für einige Staaten die Refinanzierung deutlich erschwert oder nur noch mit externer Hilfe möglich. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Staaten, wie zum Beispiel die Länder im Fokus, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht bedienen können. In einem solchen Fall können in erheblichem Umfang Abschreibungen auf Wertpapiere oder Kredite notwendig werden, was vor allem das Finanzanlageergebnis und die Kreditrisikovorsorge belasten würde. Trotz dieser Situation sehen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung augenblicklich keine Veranlassung, Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand vorzunehmen.

Der Verwaltungsrat der HPBI geht weiterhin von einer Fortführung der Gesellschaft aus.

Luxemburg, 1. April 2011

Verwaltungsrat

- 38 **Bilanz zum 31. Dezember 2010**
  - 40 **Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**
  - 42 **Bericht des Réviseur d'Entreprises agréé**
  - 43 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**
-

# Jahresabschluss

## Bilanz zum 31. Dezember 2010

<b>Aktiva</b>		<b>31.12.2010</b>	<b>Vorjahr</b>
in €			
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckämtern		428	391
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind		155.000.000	355.564.594
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Werte	155.000.000		355.564.594
Forderungen an Kreditinstitute		716.183.369	537.416.662
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	431.489.098		497.996.516
Andere Forderungen	284.694.271		39.420.146
darunter: täglich fällig	278.671.323		39.420.146
Forderungen an Kunden		248.295.707	273.154.117
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	248.295.707		273.154.117
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		2.531.278.664	5.925.165.414
Öffentlicher Emittenten	633.354.596		1.781.009.532
Anderer Emittenten	1.861.274.068		4.104.568.713
Eigene Schuldverschreibungen	36.650.000		39.587.169
Sachanlagen		61.886	181.590
Sonstige Vermögensgegenstände		78.730	31.477
Rechnungsabgrenzungsposten		989.062.474	962.881.515
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>4.639.961.258</b>	<b>8.054.395.760</b>

**Passiva**

in €

			<b>31.12.2010</b>	<b>Vorjahr</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			369.140.000	2.369.378.187
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		–		5.000.000
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		–		5.000.000
Andere Verbindlichkeiten		369.140.000		2.364.378.187
darunter: täglich fällig		369.140.000		166.054.019
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		–		2.198.324.168
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			1.602.096.661	1.582.796.661
Andere Verbindlichkeiten		1.602.096.661		1.582.796.661
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1.602.096.661			1.582.796.661
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.602.096.661			1.582.796.661
Verbrieftete Verbindlichkeiten			2.391.203.703	3.772.946.321
Begebene Schuldverschreibungen		2.391.203.703		3.772.946.321
Öffentliche Pfandbriefe	2.391.203.703			3.772.946.321
Sonstige Verbindlichkeiten			3.121.886	401.303
Rechnungsabgrenzungsposten			109.494.614	165.906.727
Rückstellungen			4.851.767	5.178.933
Steuerrückstellungen		53.898		1.424.283
Andere		4.797.868		3.754.650
Nachrangige Verbindlichkeiten			34.000.000	34.000.000
Gezeichnetes Kapital			66.000.000	66.000.000
Ausgabeagio			15.000.000	15.000.000
Rücklagen			42.787.628	40.321.842
Ergebnis			2.265.000	2.465.786
<b>Summe der Passiva</b>			<b>4.639.961.258</b>	<b>8.054.395.760</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

## für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

<b>Aufwendungen</b>			<b>31.12.2010</b>	<b>Vorjahr</b>
in €				
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			294.993.656	425.246.805
Provisionsaufwendungen			2.392.544	6.059.493
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			7.904.722	3.829.613
Personalaufwand		1.396.450		1.264.294
davon für Löhne und Gehälter	1.138.743			1.089.543
davon für soziale Aufwendungen	145.070			160.030
davon für Altersversorgung	101.744			113.624
Sonstige Personalaufwendungen	112.637			14.721
Andere Verwaltungsaufwendungen		6.508.272		2.565.319
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			119.705	149.715
Sonstige betriebliche Aufwendungen			40.488	1.064
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			—	1.000.000
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die Finanzanlagen darstellen			1.321	5.632.938
Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			328.374	349.783
Ergebnis des Geschäftsjahres			2.265.000	2.465.786
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>308.045.810</b>	<b>444.735.197</b>

<b>Erträge</b>				
in €			<b>31.12.2010</b>	<b>Vorjahr</b>
Zinserträge und ähnliche Erträge			306.000.000	443.848.871
davon aus festverzinslichen Wertpapieren		143.763.785		209.598.747
Ergebnis aus Finanzgeschäften			139.680	108.254
Sonstige betriebliche Erträge			1.487.630	778.072
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			418.500	—
<b>Summe der Erträge</b>			<b>308.045.810</b>	<b>444.735.197</b>

## Bericht des Réviseur d'Entreprises agréé

**Bericht zum Jahresabschluss** Entsprechend dem uns vom Verwaltungsrat erteilten Auftrag vom 5. Januar 2011 haben wir den beigefügten Jahresabschluss der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. geprüft, der aus der Bilanz zum 31. Dezember 2010 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr sowie aus einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden und anderen erläuternden Informationen besteht.

### Verantwortung des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung des Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist, unabhängig davon, ob diese aus Unrichtigkeiten oder Verstößen resultieren.

**Verantwortung des Réviseur d'Entreprises agréé** In unserer Verantwortung liegt es, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung über diesen Jahresabschluss ein Prüfungsurteil zu erteilen. Wir führten unsere Abschlussprüfung nach den für Luxemburg von der Commission de Surveillance du Secteur Financier angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing) durch. Diese Standards verlangen, dass wir die beruflichen Verhaltensanforderungen einhalten und die Prüfung dahingehend planen und durchführen, dass mit hinreichender Sicherheit erkannt werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist.

Eine Abschlussprüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zum Erhalt von Prüfungsnachweisen für die im Jahresabschluss enthaltenen Wertansätze und Informationen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen obliegt der Beurteilung des Réviseur d'Entreprises agréé ebenso wie die Bewertung des Risikos, dass der Jahresabschluss wesentliche unzutreffende Angaben aufgrund von Unrichtigkeiten oder Verstößen enthält. Im Rahmen dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Réviseur d'Entreprises agréé das für die Aufstellung und die sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses eingerichtete interne Kontrollsystem, um die unter diesen Umständen angemessenen Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um eine Beurteilung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden und der Vertretbarkeit der vom Verwaltungsrat ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

**Prüfungsurteil** Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen betreffend die Aufstellung des Jahresabschlusses ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr.

**Hervorhebung eines Sachverhaltes** Ohne unser Prüfungsurteil einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs sowie in Punkt 4.3.1 des Lageberichts hin.

Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochterunternehmen (unter anderem der Hypo Pfandbrief Bank International S.A.) davon abhängt, dass die Europäische Kommission die vom Finanzmarktstabilisierungsfonds durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt. Weiterhin ist erforderlich, dass die Genehmigung durch die Europäische Kommission nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind und insbesondere die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Unterstützungsmaßnahmen herbeigeführten Eigenmittelhilfen nicht gefährden.

**Bericht über weitere gesetzliche und aufsichtsrechtliche Verpflichtungen** Der Lagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrats liegt, steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Luxemburg, 1. April 2011

KPMG Audit S.à r.l. – Cabinet de révision agréé  
T. Feld C. Brüne

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für den Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Im Jahresabschluss sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben werden.

Luxemburg, 1. April 2011

John Cox

Dr. Matthias Achilles

Geschäftsführer

Geschäftsführer  
Mitglied des  
Verwaltungsrates

46	<b>1. Allgemeine Anmerkungen</b>	50	4.3 Sonstige Verbindlichkeiten
46	<b>2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</b>	50	4.4 Rechnungsabgrenzungsposten
47	2.1 Anlagevermögen	50	4.5 Rückstellungen
47	2.2 Umlaufvermögen	50	4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten
47	2.3 Verbindlichkeiten und Rückstellungen	51	4.7 Eigenkapital
47	2.4 Anschaffungskosten von gleichartigen Gegenständen des Vorratsvermögens sowie aller vertretbaren Vermögensgegenstände einschließlich der Wertpapiere	51	<b>5. Angaben zu außerbilanziellen Posten</b>
47	2.5 Währungsumrechnung	52	<b>6. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</b>
47	2.6 Bewertung von Finanzderivaten	52	6.1 Geographische Herkunft der Erträge
48	<b>3. Angaben zu Aktivposten</b>	52	6.2 Provisionsaufwendungen
48	3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2010	52	6.3 Ergebnis aus Finanzgeschäften
48	3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen	52	6.4 Sonstige betriebliche Erträge
48	3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273	52	6.5 Honorare Abschlussprüfer
49	3.4 Informationen über Schuldner und Restlaufzeiten	52	<b>7. Sonstige Erläuterungen</b>
49	3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52	7.1 Personal
49	3.6 Sonstige Vermögensgegenstände	52	7.2 Vergütungen und Kredite an Leitungs- und Aufsichtsorgane
49	3.7 Rechnungsabgrenzungsposten	52	7.3 Einlagensicherungssystem
50	<b>4. Angaben zu Passivposten</b>	52	7.4 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen
50	4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010	53	<b>8. Anlagespiegel</b>
50	4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	53	<b>9. Sonderangaben</b>
		53	9.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe
		53	9.2 Weitere Aufgliederung
		54	9.3 Rechnungsabgrenzungsposten
		54	9.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe
		54	9.5 Zinsrückstände

# Anhang

## 1. Allgemeine Anmerkungen

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wurde am 27. Juli 1999 in Luxemburg unter ihrem ursprünglichen Namen Pfandbrief Bank International S.A. (PBI) gegründet. Am 14. September 1999 wurde vom Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg die Lizenz für den Betrieb der Bank als Pfandbriefbank nach Luxemburger Recht (Banque d'émission de lettres de gage) erteilt.

Der Eintrag im Handelsregister erfolgte am 16. August 1999 unter der Nummer 71104 (Sektion B). Die Rechtsgrundlage für den Betrieb einer Pfandbriefbank findet sich im „Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor“ (in seiner derzeit gültigen Fassung) in den Artikeln 12–1 bis 12–9.

Gegründet wurde die Bank ursprünglich von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) und deren deutschen Hypothekenbank-Töchtern mit jeweils gleich hohen Kapitalanteilen über eine Holdingkonstruktion.

Im Rahmen der Neuordnung der HVB-Group in 2003 wurde die HPBI ein Tochterunternehmen der Hypo Real Estate Group. Seit 31. März 2008 werden alle Kapitalanteile der Bank vollständig von der DEPFA BANK plc, Dublin, (DEPFA) gehalten. Das gezeichnete Kapital der Bank ist voll eingezahlt.

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. wird in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG, München, (HRE Holding) sowie in den Teilkonzernabschluss der DEPFA BANK plc, Dublin, einbezogen. Die Abschlüsse sind am Sitz der jeweiligen Gesellschaften verfügbar.

## 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank stehen in Einklang mit den geltenden Regelungen im Großherzogtum Luxemburg und insbesondere mit dem Gesetz vom 17. Juni 1992 betreffend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten („Gesetz“). Das vom Gesetz abweichende Gliederungsschema der Bilanz basiert auf der von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) erarbeiteten Empfehlung zum Jahresabschluss für Pfandbriefbanken. Der Jahresabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung erstellt. Der Fortbestand der Gesellschaft ist durch Risiken bedroht, die im Abschnitt 4.3. „Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen“ des Lageberichtes dargestellt sind und die Zweifel an die Fortführungsfähigkeit der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. aufwerfen.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Unterstützungsmaßnahmen des SoFFin, des Übergangs aller HRE Holding Aktien auf den SoFFin sowie der im Geschäftsjahr 2010 umgesetzten Maßnahmen, der augenblicklichen Refinanzierungssituation der HRE und der im Lagebe-

**Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS-Wertmanagement (FMSW)** Im Januar 2010 hat die HRE bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) einen Antrag auf eine Stabilisierungsmaßnahme gemäß § 8a Abs. 1 Satz 1 FMStFG (Errichtung einer Abwicklungsanstalt) gestellt, um Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Banken der HRE auf eine Abwicklungsanstalt zu übertragen. Diesen Antrag hat die FMSA positiv beschieden und die Abwicklungsanstalt FMSW am 8. Juli 2010 gegründet.

Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMSW erfolgte zum 1. Oktober 2010, 0.00 Uhr im Rahmen einer vorläufigen Genehmigung der Europäischen Kommission. Die endgültige Genehmigung durch die Europäische Kommission steht noch aus. Mit der Übertragung gehen die wirtschaftlichen Risiken auf die FMSW über. Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Buchwert.

Als Gegenleistung für die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die FMSW erhielt die HPBI zum 1. Oktober 2010 einen Ausgleichsanspruch gegenüber der FMSW.

Aufgrund der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an die FMSW sind die aktuellen Zahlen nicht mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

richt dargestellten zukünftigen Chancen, geht das Management zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses von einer Fortführung der HRE und der Bank aus.

Die Kapitalwährung ist Euro (€).

**Wertberichtigungen** Die Bank verfolgt die Politik, spezifische Wertberichtigungen vorzunehmen, um Verlustrisiken und Ausfallrisiken auf bestehende Forderungen abzudecken.

In Übereinstimmung mit den steuerlichen Bestimmungen in Luxemburg wird von der Möglichkeit einer Sammelwertberichtigung zur Vorsorge gegen latente Kreditrisiken Gebrauch gemacht. Die in diesem Zusammenhang zu beachtende Obergrenze von 1,25 % der risikogewichteten Adressrisiken und des operationellen Risikos wird unter Berücksichtigung der zugehörigen Auflösungsvorschriften eingehalten.

## 2.1 Anlagevermögen

**Sachanlagen** Das Sachanlagevermögen wird in der Bilanz zu Anschaffungskosten oder zu Herstellungskosten angesetzt, vermindert um kumulierte Wertberichtigungen. Gegenstände des Sachanlagevermögens unterliegen einer zeitlichen Wertminderung, der durch planmäßige Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Wertberichtigungen bemessen sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Im Berichtsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Die erworbenen Vermögensgegenstände mit Anschaffungs-/Herstellungskosten bis zu einem Höchstbetrag von 870 € oder mit einer üblichen Nutzung von weniger als einem Jahr werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die angewandten Abschreibungssätze zum Bilanzstichtag sind der untenstehenden Tabelle zu entnehmen.

	Wertberichtigungsatz	Methode
Büro- und Geschäftsausstattung	20,00 %	linear
EDV (Hard- und Software)	33,33 %	linear

**Finanzanlagevermögen** Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen und die die Bedingungen der Bankenaufsicht erfüllen, wird zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren Börsen- oder Marktpreis in Verbindung mit dem so genannten „Beibehaltungsprinzip“ bewertet. Sämtliche Wertpapiere des Deckungsstockes werden zu Anschaffungskosten bewertet. Wertpapiere, die durch Zinsswaps abgesichert sind (Asset-Swap), werden ebenfalls zu Anschaffungskosten bewertet.

Zum Bilanzstichtag werden alle Wertpapiere des Finanzanlagevermögens zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

In diesem Zusammenhang wird auf Abschnitt 3.5 „Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere“ verwiesen.

Agien und Disagien werden zeitanteilig über die Restlaufzeit der Wertpapiere erfolgswirksam abgegrenzt.

## 2.2 Umlaufvermögen

**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** Zum Bilanzstichtag sind keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere dem Umlaufvermögen zugeordnet.

**Forderungen** Die Forderungen sind zu ihren Nominalwerten ausgewiesen. Die aufgelaufenen, nicht fälligen

Zinsen sind im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten. Agien und Disagien werden laufzeitgerecht abgegrenzt.

## 2.3 Verbindlichkeiten und Rückstellungen

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Nominal- oder Rückzahlungsbetrag, Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

## 2.4 Anschaffungskosten von gleichartigen Gegenständen des Vorratsvermögens sowie aller vertretbaren Vermögensgegenstände einschließlich der Wertpapiere

Die Bank verwendet zur Ermittlung der Anschaffungskosten die Methode des gewogenen Durchschnittspreises.

## 2.5 Währungsumrechnung

Die nicht auf Euro lautenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind mit dem EZB-Referenzkurs zum Bilanzstichtag in die Kapitalwährung umgerechnet.

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährung werden zum jeweiligen Tageskurs in die Kapitalwährung umgerechnet.

Die Effekte, die sich aus diesen Bewertungsprinzipien ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam berücksichtigt.

Gedekte Kassa- bzw. Terminpositionen werden erfolgsneutral behandelt. Auf Bewertungsergebnisse aus nicht gedeckten Positionen wird das Imparitätsprinzip angewandt.

## 2.6 Bewertung von Finanzderivaten

Derivative Finanzinstrumente werden am Tage des Geschäftsabschlusses als außerbilanzielle Posten erfasst. Sie werden zum jeweiligen Abschlussdatum, sofern sie nicht zur Absicherung gegen Marktrisiken der Bank dienen, unter Beachtung des Imparitätsprinzips zu Marktpreisen bewertet.

### 3. Angaben zu Aktivposten

#### 3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2010

Fälligkeitsspiegel in Tsd €	Zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassene Schuldtitle öffentlicher Stellen		Forderungen an Kreditinstitute (einschließlich Zentralbankguthaben)		Forderungen an Kunden	
	31.12.2010	Vorjahr	31.12.2010	Vorjahr	31.12.2010	Vorjahr
Täglich fällig	–	–	278.671	39.420	–	–
Bis 3 Monate	50.000	150.565	42.011	20.000	–	50.000
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	–	50.000	23.993	20.111	50.000	–
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	105.000	100.000	206.534	230.482	126.319	162.491
Mehr als 5 Jahre	–	55.000	164.974	227.404	71.977	60.663
<b>Summe</b>	<b>155.000</b>	<b>355.565</b>	<b>716.183</b>	<b>537.417</b>	<b>248.296</b>	<b>273.154</b>

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute beinhalten zum Bilanzstichtag keine nennenswerten Guthaben bei der Zentralbank.

#### 3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen

in Tsd €	31.12.2010	Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute	243.823	506
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.150	88.087
<b>Summe</b>	<b>293.973</b>	<b>88.593</b>
Davon eigene Schuldverschreibungen	36.650	39.587

In Übereinstimmung mit Teil XVI, Punkt 24 des nachträglich geänderten Rundschreibens 06/273 hat die CSSF der Bank auf Antrag die Erlaubnis erteilt, auf die Anrechnung der konzerninternen Geschäfte innerhalb der HRE bei der Ermittlung der Großkreditrisikoziffern zu verzichten.

Alle von der Großkreditgrenze befreiten Forderungen bestehen gegenüber Unternehmen der Gruppe, die der konsolidierten Aufsicht über den in der Hypo Real Estate Holding AG zusammengefassten Konzern unterliegen.

#### 3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273

in Tsd €	Eigenmittelanforderungen
<b>Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem Standardansatz unterliegen</b>	
Forderungen an Institute	3.075
Sonstige Aktiva	12
<b>Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem IRB-Ansatz unterliegen, mit eigener Schätzung der Verluste bei Ausfall und/oder Umrechnungsfaktoren (fortgeschrittener IRB-Ansatz)</b>	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	4.157
Forderungen an Institute	6.702
Forderungen im Rahmen einer Verbriefung	11.634
Eigenmittelanforderung zur Deckung des Währungsrisikos	1.419
Eigenmittelanforderung zur Deckung des operationellen Risikos	2.205
<b>Summe</b>	<b>29.204</b>
<b>Haftendes Eigenkapital</b>	<b>178.786</b>
<b>Eigenmittelquote (in %)</b>	<b>48,98</b>

**3.4 Informationen über Schuldner und Restlaufzeiten**

Die Forderungen sowie die Schuldverschreibungen und die anderen festverzinslichen Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen) gliedern sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

<b>Restlaufzeit</b> in Tsd €	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	> 10 Jahre	Summe
<b>Kreditinstitute</b>					
Europa	476.182	226.005	781.072	-	1.483.259
Japan	47.599	-	-	-	47.599
Kanada	16.520	-	-	-	16.520
Südkorea	11.172	7.373	19.903	-	38.448
USA	8.489	4.141	-	-	12.630
<b>Summe</b>	<b>559.962</b>	<b>237.519</b>	<b>800.975</b>	<b>-</b>	<b>1.598.456</b>
<b>Öffentliche Kreditnehmer (ohne Kreditinstitute)</b>					
Europa	143.500	256.371	504.481	354.131	1.258.483
Japan	7.394	-	-	-	7.394
Kanada	-	22.452	82.881	129.068	234.401
USA	-	14.834	5.164	532.026	552.024
<b>Summe</b>	<b>150.894</b>	<b>293.657</b>	<b>592.526</b>	<b>1.015.225</b>	<b>2.052.302</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>710.856</b>	<b>531.176</b>	<b>1.393.501</b>	<b>1.015.225</b>	<b>3.650.758</b>

**3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen)**

in Tsd €	31.12.2010	Vorjahr
Börsennotierte Werte	2.256.755	5.295.820
Nicht börsennotierte Werte	274.524	629.345
<b>Summe</b>	<b>2.531.279</b>	<b>5.925.165</b>

Die im Folgejahr fällig werdenden Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere betragen 269.934 Tsd €.

Schuldverschreibungen von am Euro teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die zur Refinanzierung bei einer Zentralbank der Euro-Zone zugelassen sind, belaufen sich am Bilanzstichtag auf nominal 1.344 Mio €.

Der Bestand an Schuldverschreibungen ist zum Bilanzstichtag, wie auch im Vorjahr, dem Finanzanlagebestand zugeordnet.

Der kumulierte Betrag der abgegrenzten Agien beträgt zum Bilanzstichtag 490 Tsd €; abgegrenzte kumulierte Disagien werden in Höhe von 1.865 Tsd € ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2010 bestanden keine Rücknahmeverpflichtungen aus Pensionsgeschäften.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 1.645.242 Tsd € (Marktwert 1.527.249 Tsd €) wurden Wertberichtigungen auf den niedrigeren Kurswert nicht vorgenommen, da bisher keine Ausfälle oder Leistungsstörungen eingetreten sind bzw. erwartet werden.

Für die Marktwerte werden Marktpreise bzw. von Maklern gestellte Preise/Kurven herangezogen. Für Wertpapiere, für die derartige Werte nicht vorlagen (1.488.127 Tsd €), wurden Bewertungsverfahren mittels direkt oder indirekt beobachtbarer, marktbasierter Parameter angewendet.

**3.6 Sonstige Vermögensgegenstände**

Die sonstigen Vermögensgegenstände (79 Tsd €) enthalten ausstehende Rückerstattungsansprüche aus jährlichen Umsatzsteuererklärungen.

**3.7 Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agio- bzw. Disagioabgrenzungen aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft. Hierbei belaufen sich die Disagien aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft auf 681.424 Tsd €.

#### 4. Angaben zu Passivposten

##### 4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010

Fälligkeitsspiegel in Tsd €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
	31.12.2010	Vorjahr	31.12.2010	Vorjahr
Täglich fällig	-	166.054	-	-
Bis 3 Monate	-	1.567.114	-	27.500
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	369.140	636.210	5.000	68.200
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	-	112.000	117.000
Mehr als 5 Jahre	-	-	1.485.097	1.370.097
<b>Summe</b>	<b>369.140</b>	<b>2.369.378</b>	<b>1.602.097</b>	<b>1.582.797</b>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren 1.820.654 Tsd € aus Pensionsgeschäften.

Verbriefte Verbindlichkeiten zum 31.12.2010 in Tsd €	Öffentliche Pfandbriefe
Täglich fällig	-
Bis 3 Monate	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	884.196
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	728.200
Mehr als 5 Jahre	778.808
<b>Summe</b>	<b>2.391.204</b>

Die im Folgejahr fälligen verbrieften Verbindlichkeiten belaufen sich auf 884.195 Tsd €.

##### 4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 320 Mio € (Vorjahr 547 Mio €) aus kurzfristigen Geldhandelsgeschäften.

##### 4.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 3.122 Tsd € enthalten zum Bilanzstichtag ausstehende Zahlungsverpflichtungen, die überwiegend im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Übertragung von Vermögensgegenständen an die FMS-Wertmanagement (FMSW), IT Dienstleistungen sowie abzuführender Umsatzsteuer stehen.

##### 4.4 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agien- bzw. Disagien.

##### 4.5 Rückstellungen

Die ausgewiesenen anderen Rückstellungen wurden für am Bilanzstichtag bestehende Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit bestehenden Dienstleistungsverträgen in Höhe von 1.667 Tsd €, für Personal sowie für Verpflichtungen gegenüber Dritten (Prüfungskosten, Beratungskosten etc.) gebildet. Die im Jahr 2009 gebildete Rückstellung von 1.839 Tsd €, die auf einer langfristigen Verpflichtung im Zusammenhang mit der gewährten Liquiditätsunterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland beruht, bleibt auch im Jahre 2010 bestehen. Der Bestand der bisher nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen beträgt zum Bilanzstichtag 548 Tsd €.

##### 4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten

Per 28. Dezember 2000 hat die Bank eine „Stille Einlage“ in Höhe von 9 Mio € hereingenommen. Die Laufzeit war unbegrenzt, die Verzinsung gewinnabhängig. Aufsichtsrechtlich war sie dem Ergänzungskapital 1. Ordnung zuzurechnen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2003 wurde die Stille Einlage in eine Nachrangemission umgewandelt; Verzinsung, Laufzeit und aufsichtsrechtliche Zuordnung blieben unverändert. Im Berichtsjahr wurden für Zinsen 531,9 Tsd € erfolgswirksam eingestellt.

Am 18. Mai 2001 hat die Bank Nachrangmittel über 15 Mio € emittiert. Die Nachrangmittel wurden per 30. Januar 2002 um 10 Mio € auf 25 Mio € bei gleich lautenden Bedingungen aufgestockt. Die ab dem 18. Mai 2017 in Raten zurückzuzahlenden Nachrangmittel werden letztmalig zum 18. Mai 2026 getilgt; die Verzinsung beläuft sich auf 6,8 % p. a. Im Berichtsjahr wurden für Zinsen 1.700 Tsd € erfolgswirksam eingestellt. Aufsichtsrechtlich sind diese Nachrangmittel dem Ergänzungskapital 2. Ordnung zuzuordnen.

#### 4.7 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66 Mio € und ist in 66.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften muss die Bank jährlich einen Betrag in Höhe von wenigstens 5 % des jährlichen Nettogewinns einer gesetzlichen Rücklage zuführen, bis diese 10 % des gezeichneten Kapitals erreicht. Die

gesetzliche Rücklage darf nicht ausgeschüttet werden. Zum Bilanzstichtag bestand eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 2.320 Tsd € sowie eine freie Rücklage über 40.468 Tsd €.

Die Bank nutzt die steuerliche Möglichkeit der Anrechnung der Vermögensteuerzahllast, die voraussetzt, dass das Fünffache der Vermögensteuerzahllast in eine spezielle Gewinnrücklage eingestellt wird. Eine Ausschüttung dieser Rücklage ist für jeweils fünf Jahre nicht möglich, sofern die Vermögensteuer endgültig nicht mehr gezahlt werden soll. In den Rücklagen sind 13.910 Tsd € für die Anrechnung der Vermögensteuer enthalten. Für das Berichtsjahr soll wiederum eine entsprechende Rücklagenzuführung vorgenommen werden.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 beträgt 2.265 Tsd €. Gemäß dem Gewinnverwendungsvorschlag soll ein Betrag von 115 Tsd € der Vermögensteuerrücklage, 125 Tsd € der gesetzlichen Rücklage sowie 2.025 Tsd € den freien Rücklagen zugeführt werden.

### 5. Angaben zu außerbilanziellen Posten

Transaktionen in derivativen Instrumenten werden ausschließlich zu Sicherungszwecken im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung im OTC-Markt getätigt. Handelsgeschäfte mit Derivaten wurden nicht getätigt. Grundsätzlich wurden mit den Handelspartnern im Derivategeschäft Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion getroffen.

Im Berichtszeitraum wurden Zins- und Währungsswaps in Höhe von 200 Mio € in die Deckung einbezogen. Mit den betreffenden Kontrahenten wurden vertragliche Vereinbarungen getroffen, die die Informations- bzw. weiteren Mitwirkungspflichten regeln. Das Verfahren ist aufsichtsrechtlich und mit dem Treuhänder abgestimmt.

Das Nominalvolumen der offenen nicht bilanzwirksamen Geschäfte belief sich zum Ende des Jahres 2010 auf 5.033 Mio €, wovon auf verbundene Unternehmen

3.304 Mio € entfielen. Für das aus Derivaten resultierende Adressrisiko werden unter anderem die Bruttowiederbeschaffungswerte (Replacement-Costs) ermittelt. Diese errechnen sich als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen. Das so definierte Adressrisiko (maximales Ausfallrisiko) belief sich Ende 2010 auf 492 Mio € oder 9,78 % des ausstehenden Nominalvolumens.

Legt man nach bankaufsichtsrechtlichen Maßstäben zusätzlich für zukünftige potentielle Risiken die Add-Ons und ferner die adressenbezogene Risikogewichtung zugrunde, ergibt sich Ende 2010 ein Adressrisiko nach der Marktwertmethode von 52 Mio €. Die HPBI wird auch zukünftig streng darauf achten, das Kontrahentenrisiko durch aktive Steuerung in einem engen Rahmen zu halten. Kontrahenten im Derivategeschäft sind ausschließlich OECD-Banken.

in Mio €	Nominal Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Nominal Restlaufzeit ≤ 5 Jahre	Nominal Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe Nominale	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Adress- risiken
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>							
Zinsswaps (gleiche Währung)	1.198	580	1.685	3.463	202	213	-
Zinsoptionen – Käufe	48	98	-	146	2	3	-
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>							
Devisenswaps	624	-	-	624	-	-	-
Cross-Currency-Swaps	-	240	560	800	288	-	-
<b>Summe</b>	<b>1.870</b>	<b>918</b>	<b>2.245</b>	<b>5.033</b>	<b>492</b>	<b>216</b>	<b>52*</b>

\*) wegen Netting-Vereinbarungen nicht aufteilbar

Die Derivate wurden nur zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Den obigen negativen Marktwerten stehen

entsprechende stille Reserven in den abgesicherten Grundgeschäften gegenüber.

## 6. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

### 6.1 Geographische Herkunft der Erträge

Die Erträge der Bank resultieren zum überwiegenden Teil aus Geschäftsbeziehungen mit Kontrahenten mit Sitz in Europa und Nordamerika.

### 6.2 Provisionsaufwendungen

In den Provisionsaufwendungen sind Gebühren für die Inanspruchnahme der durch den SoFFin und die Bundesrepublik Deutschland garantierten Liquidität in Höhe von 1.816 Tsd € (Vorjahr 5.150 Tsd €) enthalten. Von Januar bis Ende September wurden durchschnittlich 409 Mio € (Vorjahr 520 Mio €) über die HRE in Anspruch genommen. Ab dem 1. Oktober 2010, nach dem Portfoliotransfer an die FMSW, hat die HRE die von der Bundesrepublik Deutschland erhaltenen Liquiditätsgarantien zurückgegeben.

### 6.3 Ergebnis aus Finanzgeschäften

In diesem Posten sind die Bewertung von Fremdwährungspositionen und das Ergebnis aus Devisengeschäften, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen wurden, enthalten.

### 6.4 Sonstige betriebliche Erträge

Dieser Ausweis beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung von nicht in Anspruch genommenen Rückstellungen für Verwaltungsaufwendungen aus Vorjahren.

### 6.5 Honorare Abschlussprüfer

Das im Geschäftsjahr als andere Verwaltungsaufwendungen erfasste Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Audit S.à r.l. Luxemburg und Mitgliedsfirmen des KPMG Netzwerkes setzt sich wie folgt zusammen:

Honorar für in € inkl. MwSt.	31.12.2010	Vorjahr
Jahresabschluss	104.465	87.501
Sonstige Prüfungsleistungen	76.990	102.284
<b>Summe</b>	<b>181.455</b>	<b>189.785</b>

## 7. Sonstige Erläuterungen

### 7.1 Personal

Der durchschnittliche Personalbestand im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsführung inklusive Abteilungsleiter: 2,8  
 Übrige Mitarbeiter: 9,5  
 Zum Jahresende bestand die Geschäftsführung aus zwei Personen. Außerdem gehörten 11 Mitarbeiter zum Personalbestand.

### 7.2 Vergütungen und Kredite an Leitungs- und Aufsichtsorgane

An Mitglieder der Leitungsorgane (Geschäftsführung und Abteilungsleiter) oder an weitere Mitglieder des Verwaltungsrates wurden keine Kredite vergeben.

Den Mitgliedern der Leitungsorgane wurden für das Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 325 Tsd € vergütet.

### 7.3 Einlagensicherungssystem

Die Bank ist Mitglied der „Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg“ (AGDL) und damit des Einlagensicherungsverbandes des Bankensektors im Großherzogtum Luxemburg. Die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

### 7.4 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung (ohne Euro-Währungen) beläuft sich auf 1.200 Mio €. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 1.196 Mio €. Diese Positionen sind nahezu vollständig durch Währungs- und Zins-/ Währungsswaps abgesichert.

**8. Anlagespiegel**

in Tsd €	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung kumuliert	Restbuchwert 31.12.2010	Restbuchwert Vorjahr
Betriebs- und Geschäftsausstattung	506	-	-	120	-444	62	182
Davon EDV	405	-	-	114	-348	58	172
Wertpapiere des Anlagevermögens	5.925.165	58.177	-3.452.064	-	-	2.531.279	5.925.165
<b>Summe</b>	<b>5.925.671</b>	<b>58.177</b>	<b>-3.452.064</b>	<b>120</b>	<b>-444</b>	<b>2.531.341</b>	<b>5.925.347</b>

Die Zugänge für Wertpapiere im Anlagebestand sind auf Wechselkurseffekte und Kapitalisierungen bei Nullkuponanleihen zurückzuführen.

**9. Sonderangaben**

**Deckungsrechnung für den nach Art. 12-1 bis 12-9 des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor bestehenden Deckungsbestand** Die Angaben beschränken sich auf die Darstellung der öffentlichen Pfandbriefe. Hypothekendarlehen wurden nicht emittiert. Derivative Finanzinstrumente wurden am Bilanzstichtag zur Deckung mit einem Bestandswert von 199.460 Tsd € herangezogen.

**9.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe**

in Tsd €	31.12.2010
Deckungswerte	3.463.529
Ersatzdeckung Wertpapiere	45.400
<b>Gesamtdeckung</b>	<b>3.508.929</b>
Umlauf	
Inhabertitel	2.352.517
Namenstitel	927.158
<b>Gesamtumlauf (deckungspflichtig)</b>	<b>3.279.675</b>
<b>Überdeckung</b>	<b>229.254</b>

**9.2 Weitere Aufgliederung****9.2.1 Deckungswerte**

Ordentliche Deckung in Tsd €	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	431.489
Forderungen an Kunden Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	403.296
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder anderer Emittenten, die von öffentlichen Stellen garantiert sind	2.346.803
Gedekte öffentliche Inhaber-Pfandbriefe	82.481
Derivative Produkte	199.460
<b>Zwischensumme</b>	<b>3.463.529</b>
<b>Ersatzdeckung</b>	
Schuldverschreibungen gemäß Art. 42 (3) OGAW-Gesetz	45.400
<b>Summe</b>	<b>3.508.929</b>

**9.2.2 Deckungsbestand der Kommundarlehen**

Aufgliederung der Größenklassen 31.12.2010		Anzahl	in Tsd €
Bis	25 Mio €	32	347.729
Bis	50 Mio €	26	924.929
Bis	100 Mio €	17	1.073.370
Über	100 Mio €	8	1.162.901
<b>Summe</b>		<b>83</b>	<b>3.508.929</b>

Aufgliederung nach Ländern	in Tsd €	in %
Österreich	737.442	21,0
Vereinigte Staaten	523.047	14,9
Deutschland	502.764	14,3
Schweiz	395.873	11,3
Spanien	291.010	8,3
Kanada	234.401	6,7
Irland	172.893	4,9
Slowenien	80.000	2,3
Int. Organisationen	70.662	2,0
Frankreich	63.500	1,8
Luxembourg	58.981	1,7
Italien	57.861	1,6
Japan	54.968	1,6
Portugal	50.000	1,4
Finnland	45.400	1,3
Vereinigtes Königreich	40.068	1,1
Südkorea	38.635	1,1
Belgien	38.347	1,1
Slowakei	28.000	0,8
Polen	23.992	0,7
Schweden	1.085	0,0
<b>Summe</b>	<b>3.508.929</b>	<b>100,0</b>

### 9.2.3 Barwertige Deckungsrechnung

in Mio €	Deckungsstock	Deckungspflichtige öffentliche Pfandbriefe <sup>1</sup>	Überdeckung	in %
Nominal	3.509	3.280	229	7,0
Barwertig <sup>2</sup>	4.019	3.529	490	13,9
Barwertig, bei einer Verschiebung der Zinskurve				
um + 100 bp	3.702	3.334	368	11,0
um - 100 bp	4.395	3.740	655	17,5

<sup>1</sup> Lettres de gage publiques; <sup>2</sup> mit ursprünglichen Credit Spreads berechnet

### 9.3 Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd €	31.12.2010
<b>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
Zinsabgrenzung	96.112
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	684.353
Andere	208.597
<b>Summe</b>	<b>989.062</b>
<b>Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
Zinsabgrenzung	87.499
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.871
Andere	19.125
<b>Summe</b>	<b>109.495</b>

### 9.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe

Im Berichtsjahr wurden 830 Mio € eigenen öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft und entwertet (Vorjahr 0 Mio €). Zum Bilanzstichtag wird ein Bestand mit einem Buchwert von 36,7 Mio € ausgewiesen. Aufgrund der Marktsituation sind Wiederplatzierungen nicht vorgesehen.

### 9.5 Zinsrückstände

Die im Berichtsjahr fälligen Zinsen aus Forderungen und Wertpapieren sind vollständig eingegangen.

Rückstände bestehen nicht; Abschreibungen oder Wertberichtigungen auf Zinsen wurden nicht vorgenommen.



- 58 **Mitglieder des Verwaltungsrats**
- 58 **Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr**
- 58 **Réviseur Spécial**

# Gremien

## Mitglieder des Verwaltungsrats

<b>Cyril Dunne</b> , Dublin Vorsitzender	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
<b>Stephane Rio</b> , Soisy sur Seine	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
<b>Markus Fels</b> , Rosenheim	Head of Group Finance der Deutsche Pfandbriefbank AG
<b>Hagen Schmidt</b> , Trier bis 30. Juni 2010	Administrateur-Délégué
<b>Dr. Matthias Achilles</b> , Oberursel seit 31. März 2010	Administrateur-Délégué

## Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr

<b>Hagen Schmidt</b> , Trier bis 30. Juni 2010	Administrateur-Délégué
<b>Dr. Matthias Achilles</b> , Oberursel seit 13. Mai 2010	Administrateur-Délégué
<b>Daniela Obermeier</b> , München bis 12. Mai 2010	Directeur-Délégué
<b>John Cox</b> , Howald seit 1. Oktober 2010	Directeur-Délégué

## Réviseur Spécial

PricewaterhouseCoopers S.à.r.l.



Hypo Pfandbrief Bank International S.A.  
4, rue Alphonse Weicker  
L-2721 Luxembourg  
Tel.: +352 26 41-47 00  
Fax: +352 26 41-47 99  
info@hpbi.lu  
www.hpbi.lu